



DIE COVID-19-KRISE

FOLGEN UND LEHREN FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE

LÄNDERSTUDIE

Dezember 2022

DEUTSCHLAND





VORWORT

Dieser Länderbericht ist Teil der Vergleichsstudie *Covid-19 und seine Auswirkungen auf die europäische Sozialdemokratie*, die die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – in der ersten Phase mit Unterstützung des Cattaneo-Instituts in Bologna – durchgeführt und unter maßgeblicher Mitwirkung des Amsterdamer Forschungsinstituts Kieskompas erfolgreich abgeschlossen haben. Der Bericht ist einer von sechs Länderberichten, auf denen die vergleichende Studie aufbaut, und bietet eine detaillierte Sicht auf Deutschland.

Zu Beginn der Studie 2020 wollten die Projektverantwortlichen die Einstellungen der Bürger*innen während und nach der Pandemie untersuchen. Diese Einstellungen wurden im Zuge der weiteren Ausbreitung von COVID-19 in den beiden von Dynata vor Ort durchgeführten Erhebungswellen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (Dezember 2020/Januar 2021 und Oktober/November 2021) erfasst. Dabei zeigte sich, dass die Ansichten der Befragten sich während der tiefgreifenden Krise teilweise veränderten. Da alle beteiligten Partner ein möglichst genaues und umfassendes Meinungsbild erstellen wollten, beinhaltete die Umfrage schließlich 13 soziodemografische und 63 thematische Fragen. Diese Fragen ermöglichten eine Unterteilung der umfangreichen Daten, die in sechs Ländern (Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Schweden und Polen) in einem Sample von 1.000 Bürger*innen pro Land jeweils zweimal erhoben wurden. Dank Kreuztabellen und Überschneidungsanalysen zur Wahlneigung ließen sich in Bezug auf die Trends in verschiedenen Gruppen sehr konkrete Antworten eruieren. Besonderes Augenmerk wurde dabei natürlich auf die Meinungen der Wählerschaft und Sympathisierenden aus dem Mitte-Links-Spektrum gelegt. In diesem Sinne sollen die folgenden Seiten und insbesondere die Abschnitte mit der Überschrift »Die wichtigsten Ergebnisse« der Politikberatung dienen.

Nach der ersten Erhebungswelle hatten FEPS und FES die ersten Ergebnisse auch in den Kreisen der Sachverständigen aus den sechs betroffenen Ländern intensiv diskutiert. Dabei ging es darum, die gewonnenen Erkenntnisse in einen länderspezifischen Kontext zu stellen und sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede im Gesamtvergleich zu verdeutlichen. Diese Debatten fanden in Form von geschlossenen Diskussionsrunden statt, an denen Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, Akademiker*innen, Gewerkschafter*innen, Expert*innen der Zivilgesellschaft, Parteistrategen und Meinungsforscher*innen, Jugendvertreter*innen und Publizist*innen teilnahmen. Die Projektverantwortlichen danken all diesen Personen für ihre Zeit, ihren Enthusiasmus und ihre Beiträge. Die mehr als 200 Teilnehmenden können leider an dieser Stelle nicht alle namentlich genannt werden. Unser Dank gilt auch den Organisationen, die bei der Durchführung der Veranstaltungen geholfen haben – insbesondere dem Ignacy-Daszynski-Zentrum (Centrum im. Ignacego Daszynskiego, CID), dem Olaf Palme Center, der Fundación Pablo Iglesias und der Fundació Rafael Campalans sowie den FES-Regionalbüros in Madrid, Stockholm, Warschau, Paris und Rom. Die bei diesen Veranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse waren für die Fertigstellung sowohl der Länderfallstudie als auch des vergleichenden Berichts besonders relevant.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dieses Dokument einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und danken nochmals dem Cattaneo-Institut (mit Salvatore Vassalo, Moreno Mancuso und Federico Vegetti) für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Fragebogens

und der Datenerfassung, Dynata für die Durchführung der beiden Erhebungswellen und dem Team von Kieskompass (mit André Krouwel und Yordan Kutiytski), das in mehreren Durchgängen mit uns zusammengearbeitet und diese wichtigen Dokumente fertiggestellt hat. Schließlich möchten wir uns bei unseren Kolleg*innen bedanken – hier vor allem bei Céline Guedes von der FEPS und Adriana Hornung von der FES, die die gesamten organisatorischen Aufgaben geschultert haben.

Dr. Ralf Hexel
Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Ania Skrzypek
Foundation for European Progressive Studies

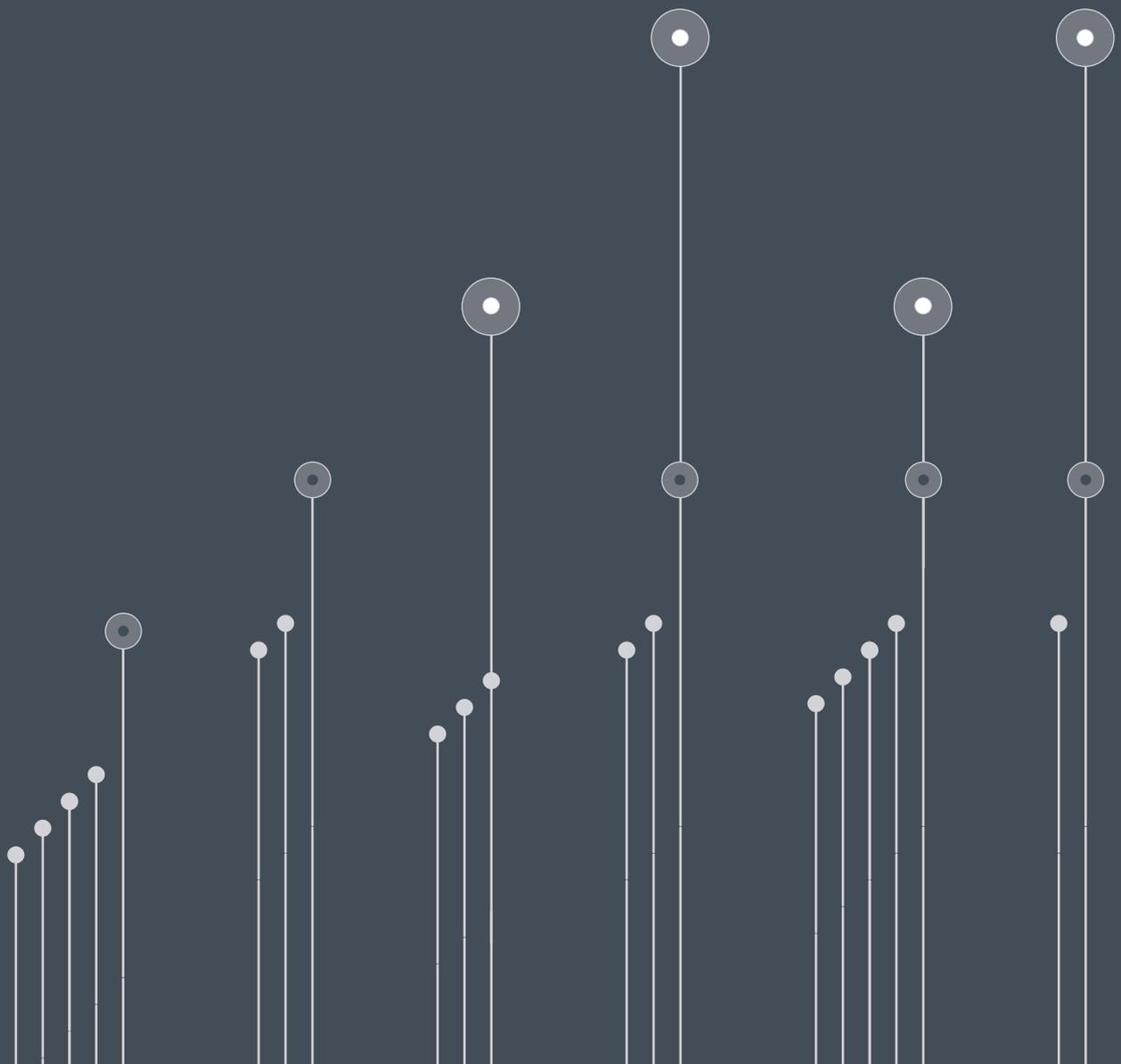
INHALT

○	ZUSAMMENFASSUNG: WACHSENDE KRITIK UND MISSTRAUEN	4
○	DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ	6
①	DIE SCHWACHEN HAT ES AM HÄRTESTEN GETROFFEN	8
②	VERSCHWÖRUNGSGLAUBEN IST RELATIV WEIT VERBREITET	24
③	OPTIMISTISCHER BLICK IN DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT	30
④	DER WUNSCH NACH EINER STÄRKEREN ROLLE DES STAATES	38
⑤	STABILE PRÄFERENZEN BEI DEN EUROPAAWAHLEN	52
⑥	BILDUNGSNIVEAU ALS ENTSCHEIDENDE DETERMINANTE FÜR DIE PARTEIPRÄFERENZ	56
○	AUTOREN	60
○	IMPRESSUM	65



ZUSAMMENFASSUNG

WACHSENDE KRITIK UND MISSTRAUEN



- 1) Die Covid-19-Pandemie hat die politischen und gesellschaftlichen Gräben in Europa vertieft. Deutschland bildet hier keine Ausnahme, wie die Analysen der in diesem Kapitel herangezogenen Daten zeigen. Es ist bemerkenswert, dass die Meinungen der Befragten sich von 2020 bis 2021 größtenteils nicht wesentlich verändert haben. Wo es doch größere Verschiebungen gibt, spiegelt sich in allen demografischen Gruppen die zunehmende Unzufriedenheit mit den Corona-Maßnahmen wider, die sich mit einer kritischen Haltung zum grundsätzlichen Umgang mit der Pandemie – einschließlich der öffentlichen Ausgaben – verbindet.
- 2) Diese zunehmend kritische Einstellung ging mit einem abnehmenden Vertrauen in die Institutionen, einer wachsenden Wahrnehmung sozialer Spaltungerscheinungen, aber auch mit einer zunehmenden Besorgnis über den Klimawandel einher.
- 3) Die meisten Ansichten der Wähler*innen bestimmter Parteien und verschiedener demografischer Gruppen sind von einem Jahr zum anderen weitgehend dieselben geblieben: In Bezug auf das Vorgehen während der Pandemie und die allgemeine Zufriedenheit mit der Regierungsführung äußern die Wähler*innen, die die Parteien der vorherigen Regierungskoalition – CDU/CSU und SPD – unterstützt haben, die größte Zufriedenheit mit dem Umgang mit der Pandemie, haben das größte Vertrauen in die Institutionen und sind am häufigsten bereit, den Empfehlungen der Regierung in Zusammenhang mit der Pandemie zu folgen.
- 4) Die Wählerschaft der Parteien des linken Flügels – Grüne und Die Linke – ist ebenfalls sehr besorgt über die Pandemie; auch bei ihr ist der Anteil derjenigen, die die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Gesundheitsgefahren für die Bürgerinnen und Bürger mittragen, höher.
- 5) Auf der anderen Seite stehen die Wähler*innen von FDP, AfD und kleineren Parteien dem Umgang der Regierung mit der Pandemie besonders kritisch gegenüber – wie überhaupt der deutschen Politik. Während es nahe liegt, dass AfD-Wähler*innen sich in ihren konservativeren und regierungskritischeren Meinungen vom Rest der Wählerschaft unterscheiden, ist es überraschend, wie nah die Einschätzungen von FDP-Wählerschaft und AfD-Anhängerschaft beieinander liegen.
- 6) Die Ergebnisse zeigen noch ein weiteres Muster auf: Viele unzufriedene deutsche Bürgerinnen und Bürger haben keine klare ideologische Überzeugung. Sie identifizieren sich weder mit der Linken noch mit der Rechten. Diese Wählergruppe ist vor allem in der Wählerschaft der AfD vertreten. Andererseits ist bei Wähler*innen, die sich dem linken Spektrum oder der bürgerlichen Mitte zuordnen, die Bereitschaft zum Mittragen der Regierungspolitik und auch allgemein der gesellschaftlichen Ordnung sehr viel größer. Befragte, die sich als rechtsorientiert bezeichnen, haben oft eine ähnlich kritische Haltung wie ideologisch nicht festgelegte Wähler*innen, die oft sogar stärker ausgeprägt ist als bei den ideologisch nicht festgelegten.
- 7) Was die demografische Zusammensetzung betrifft, sind Grundmisstrauen und Politikverdrossenheit bei den einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern und bei Personen mit geringerem Bildungsniveau am stärksten ausgeprägt. Diese Befragten sind im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen haben ein sehr viel stärkeres Grundmisstrauen und sind sehr viel einwanderungsfeindlicher, klimaschutzfeindlicher und generell unzufriedener mit der Regierung. Sie haben auch die kritischste Einstellung gegenüber der Europäischen Union und bezweifeln, dass der Klimawandel gravierende Auswirkungen auf künftige Generationen haben wird.
- 8) Was das Alter betrifft, sind die älteren Generationen weniger stark von negativen Auswirkungen der Pandemie in Form von sich verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen. Dies erklärt, warum die älteren Generationen die Corona-Maßnahmen sehr viel stärker mittragen.
- 9) Insgesamt zeigen die Daten auf, dass trotz vieler unterschiedlicher und oftmals polarisierter Meinungen die Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger politisch gemäßigt ist, relativ großes Vertrauen in ihre Regierung und ein hohes Maß an Vertrauen in die Institutionen hat, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürwortet, Einwanderung als Gewinn für die Gesellschaft betrachtet und sich wegen des Klimawandels sorgt.



DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ



Diese Länderstudie liefert einen detaillierten Überblick über die öffentliche Meinung in Deutschland, indem sie die Einstellungen verschiedener demografischer und politischer Gruppen vergleicht. Die Befragten wurden nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand, wirtschaftlichem Wohlstand und ideologischer Ausrichtung eingeteilt. Vor allem aber wurden Wählergruppen anhand der aktuellen Wahlabsicht der Befragten ermittelt. Der Vergleich dieser Bürger*innenkategorien soll es politischen Entscheidungsträger*innen und Wahlkämpfer*innen gleichermaßen ermöglichen, fundierte Entscheidungen im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen zu treffen.

In der Ergebnisauswertung werden die Antworten der oben genannten Befragtengruppen auf die verschiedenen geschlossenen Fragen der Erhebung miteinander verglichen. Mit Hilfe von Fragen zu ein und demselben Thema (beispielsweise zur Zustimmung zu Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie), für die anstelle von ordinalen Antwortkategorien eine Skala verwendet wird, wurden Indizes erstellt, nachdem zuvor in einer Reliabilitätsanalyse verifiziert wurde, dass jeweils dieselbe Begrifflichkeit erfasst wird. Für diese Indizes wird der Mittelwert jeder Befragtengruppe geschätzt; anschließend werden die Gruppen in zweidimensionalen Streudiagrammen dargestellt, die zwei Indizes beinhalten. Auch hier wurden für jede Wählergruppe die durchschnittlichen Mittelwerte zwischen den beiden Erhebungswellen berechnet.

Dynata hat im Dezember 2020/Januar 2021 bzw. im Oktober/November 2021 in Koordination mit dem Cattaneo-Institut in zwei Erhebungswellen Daten in diesen sechs Ländern erhoben: Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und Schweden. In Deutschland nahmen an beiden Befragungen 1.003 Befragte teil. Die Auswahl war repräsentativ für die demografische Zusammensetzung und die politischen Präferenzen der deutschen Bevölkerung. Die Fragebögen beider Erhebungswellen enthielten überwiegend sich überschneidende Fragen, so dass die öffentliche Meinung zu verschiedenen sozioökonomischen Themen im Zeitverlauf verglichen werden konnte. Da die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen in Bezug auf die in beiden Fragebögen enthaltenen Fragen minimal waren, werden für diese Fragen – von einigen Ausnahmen abgesehen – die durchschnittlichen Prozentsätze und Mittelwerte angegeben. Folgende Fragen waren nur in der ersten Erhebungswelle enthalten; für diese Fragen werden hier deshalb nur Ergebnisse aus dieser Welle aufgeführt:

- In der Frage, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie auf kurze Sicht die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Schutz der öffentlichen Gesundheit gegeneinander abgewogen hat, gehen die Meinungen auseinander.
- Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie den Schutz der öffentlichen Gesundheit und den Schutz der individuellen Freiheit gegeneinander abgewogen hat.

- Einige wollen sich so schnell wie möglich gegen Covid-19 impfen lassen; andere halten eine Impfung für zu riskant. Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie sich impfen lassen, wenn die Gesundheitsbehörden Ihnen ein Impfangebot machen?

- Haben Sie auf Ihrem Smartphone die Corona-Warn-App installiert?

Darüber hinaus wurden mehrere Fragen erst im Fragebogen der zweiten Erhebungswelle gestellt, so dass nur Ergebnisse und Fragen aus dieser Welle aufgeführt sind:

- Einige sind der Meinung, dass die Covid-19-Impfung für alle verpflichtend sein sollte, um die Pandemie zu stoppen; andere vertreten die Ansicht, es sollte den Menschen grundsätzlich freistehen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht.
- Hat Ihre eigene wirtschaftliche Situation sich im Vergleich zu Ende 2020 verschlechtert oder verbessert, oder ist sie unverändert?
- Meinen Sie, dass Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten sich verbessert, sich verschlechtert oder unverändert bleibt?

Die Indizes zur Ermittlung von Verschwörungsglauben und populistischen Einstellungen wie auch die Frage nach der Bewertung des Programms »NextGenerationEU« wurden ebenfalls nur in der zweiten Welle erhoben, so dass auch bei diesen Themen nur Daten aus der zweiten Welle ausgewertet werden.



KAPITEL 1

DIE SCHWACHEN HAT ES AM HÄRTESTEN GETROFFEN

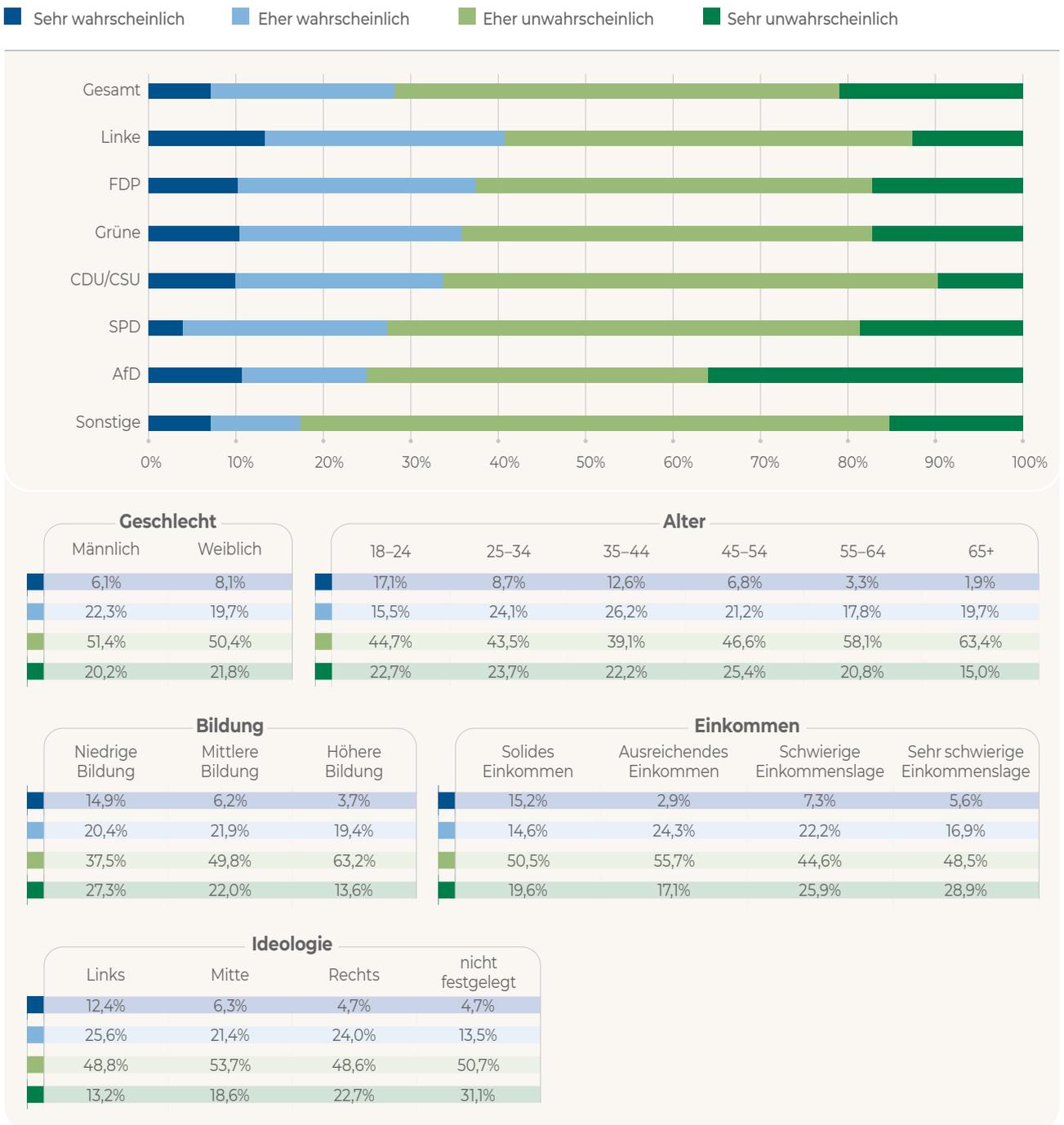


Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Virus zu infizieren, und Ausmaß der Besorgnis

Trotz der Gefahr, die von Covid-19 ausgeht, hält die große Mehrheit der deutschen Bürger*innen (71,8 Prozent) es für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus infiziert. Die Wählerschaft der AfD und kleinerer Parteien glaubt am wenigsten an eine mögliche Ansteckung, während Wähler*innen der Mitte und die linke Wählerschaft am häufigsten davon ausgehen, sich zu infizieren. Was die demografische Zusammensetzung betrifft, ist die Zahl derjenigen,

die eine Ansteckung mit dem Virus für wahrscheinlich halten, bei Frauen, jüngeren Menschen und Personen mit geringerer Bildung am höchsten. Nimmt man die ideologische Ausrichtung zum Maßstab, halten linke Wähler*innen eine Ansteckung mit Covid-19 für durchaus wahrscheinlich. Ein Vergleich der beiden Umfragerellen zeigt bei den 25- bis 34-Jährigen und bei den Befragten mit geringerem Bildungsniveau eine deutliche Zunahme derjenigen, die das Risiko, sich mit dem Virus anzustecken, besonders hoch einstufen.

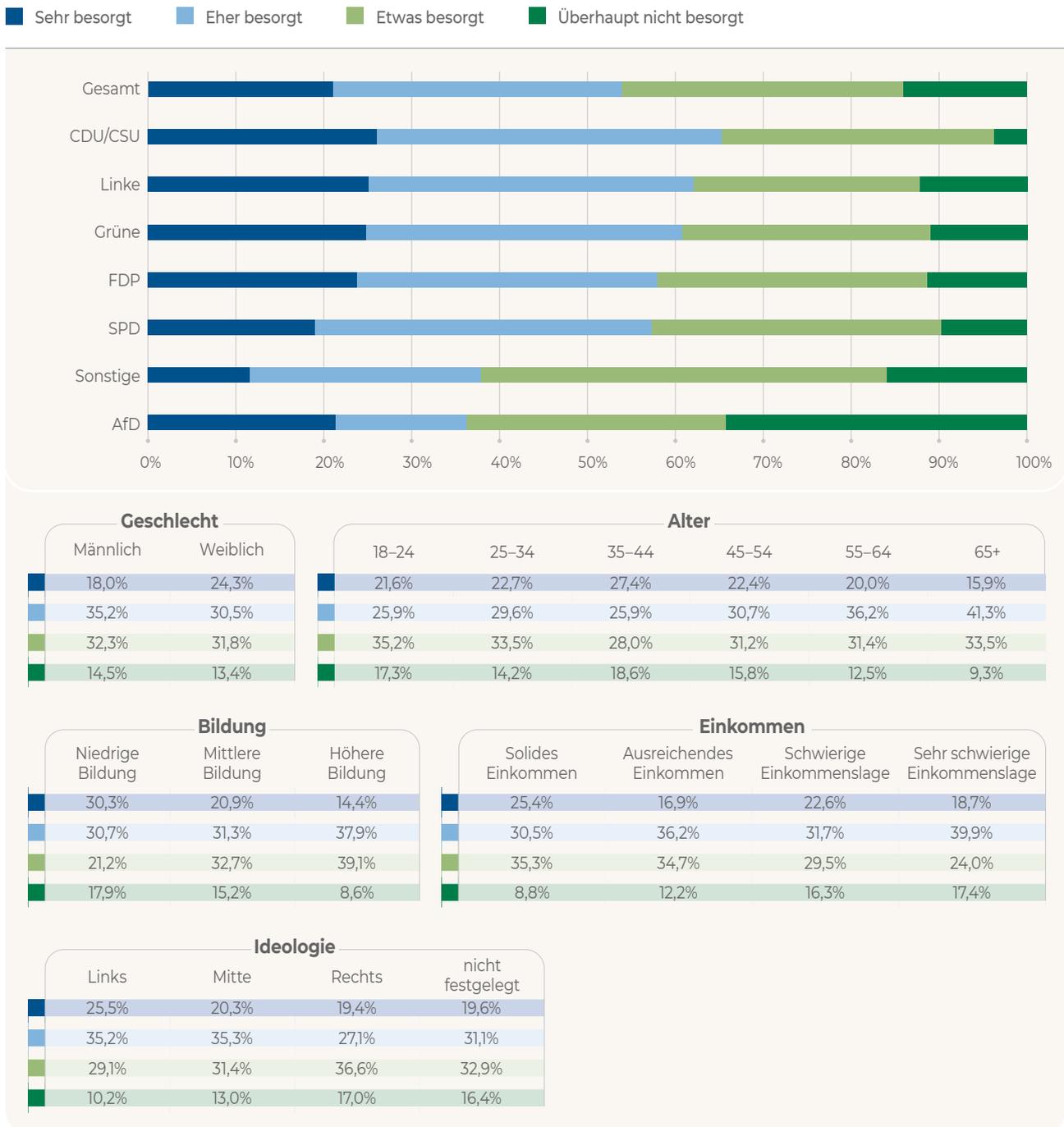
Abbildung 1 / Q22 – Für wie wahrscheinlich halten Sie es, sich mit Corona zu infizieren?



In Bezug auf die persönliche Gesundheitsgefährdung durch das Corona-Virus zeigt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung (fast 90 Prozent) sich zumindest leicht besorgt. Am deutlichsten unterscheidet sich die Wählerschaft der populistischen AfD von anderen Befragten: weniger als 40 Prozent sehen ihre Gesundheit durch eine Covid-19-Infektion mäßig oder stark gefährdet. Mehr als 30 Prozent der populistisch wählenden Befragten haben überhaupt keine Angst vor Corona; dieser Anteil ist dreimal so hoch wie in der rest-

lichen Wählerschaft. Unter den Befragten sorgen sich Frauen, ältere Menschen (insbesondere die über 55-Jährigen) sowie die Wähler*innen linker und der Mitte zuzurechnender Parteien am meisten über die von Covid-19 ausgehenden Gesundheitsrisiken, während Einkommens- und Bildungsunterschiede keine eindeutigen Meinungsdivergenzen in Bezug auf die Risikowahrnehmung erkennen lassen. Im Vergleich beider Erhebungswellen nimmt die Besorgnis in allen Wählergruppen deutlich ab.

Abbildung 2 / Q23 – Wie besorgt sind Sie, dass eine Covid-19-Infektion Ihre Gesundheit gefährden könnte?



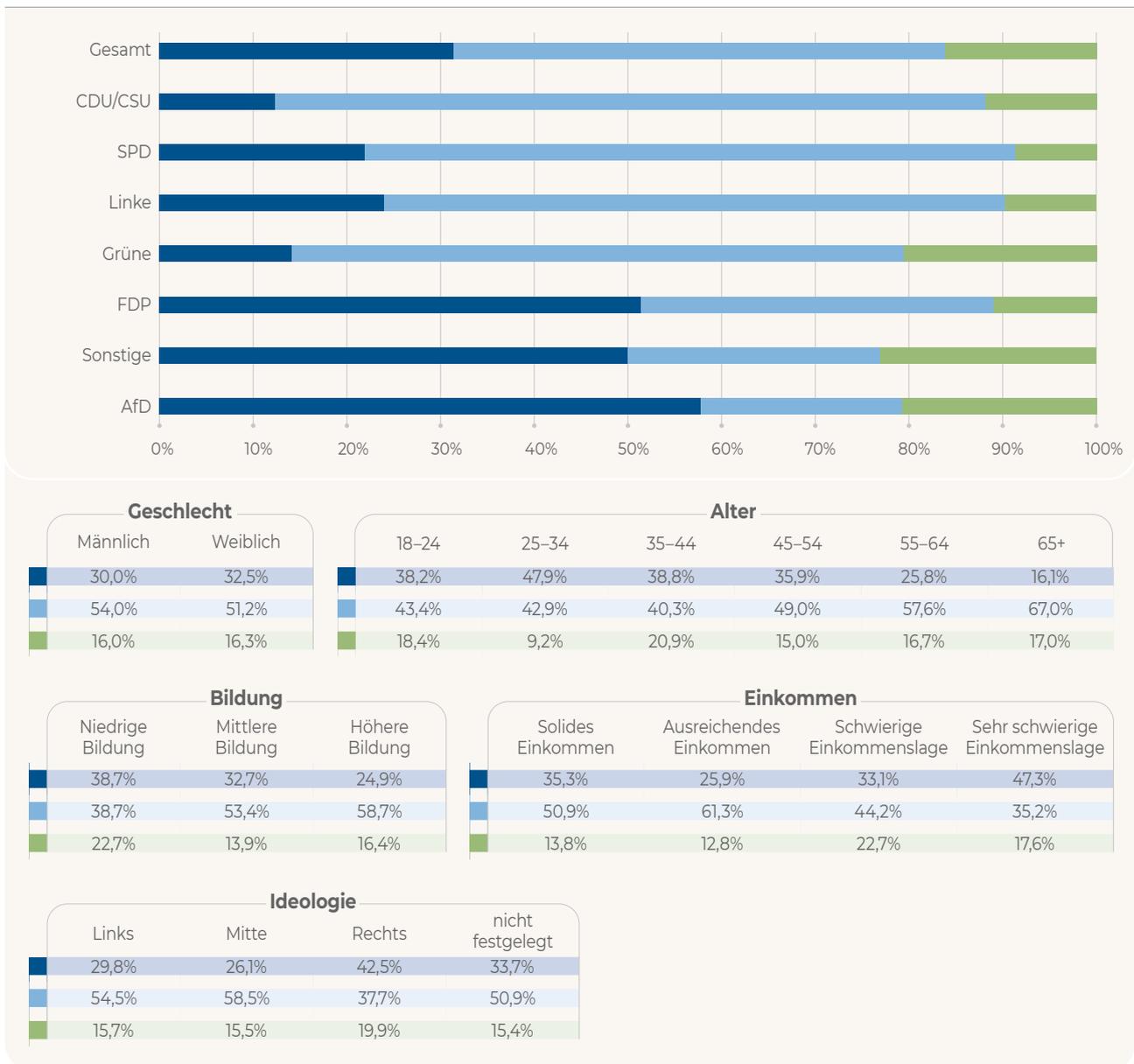
Beurteilung der Regierungspolitik zur Bekämpfung der Pandemie

Während mehr als die Hälfte der deutschen Bürger*innen der Meinung ist, dass die staatlichen Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung ausgewogen waren, werden auch viele kritische Stimmen laut: Mehr als 30 Prozent der Befragten sind der Ansicht, im Maßnahmenpaket der Regierung sei die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht ausreichend berücksichtigt worden. 16 Prozent meinen hingegen, die Regierung hätte stärkere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergreifen müssen. Die überwälti-

gende Mehrheit der Wähler*innen der Mitte- und Linksparteien unterstützt die Regierungspolitik, während die Wählerschaft von FDP, AfD und kleineren Parteien diese am kritischsten sieht und der Meinung ist, dass mehr für die Sicherung von Arbeitsplätzen hätte getan werden müssen. Demografisch gesehen sind jüngere, bildungsferne und Menschen in prekärer wirtschaftlicher Lage – also Gruppen, die wohl am stärksten von der Pandemie betroffen waren – am häufigsten der Meinung, die Regierung hätte die Arbeitsplatzsicherung stärker in den Mittelpunkt stellen sollen.

Abbildung 3 / Q38 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: Arbeitsplätze vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit getroffen, statt Arbeitsplätze zu sichern
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung getroffen, statt die öffentliche Gesundheit zu schützen

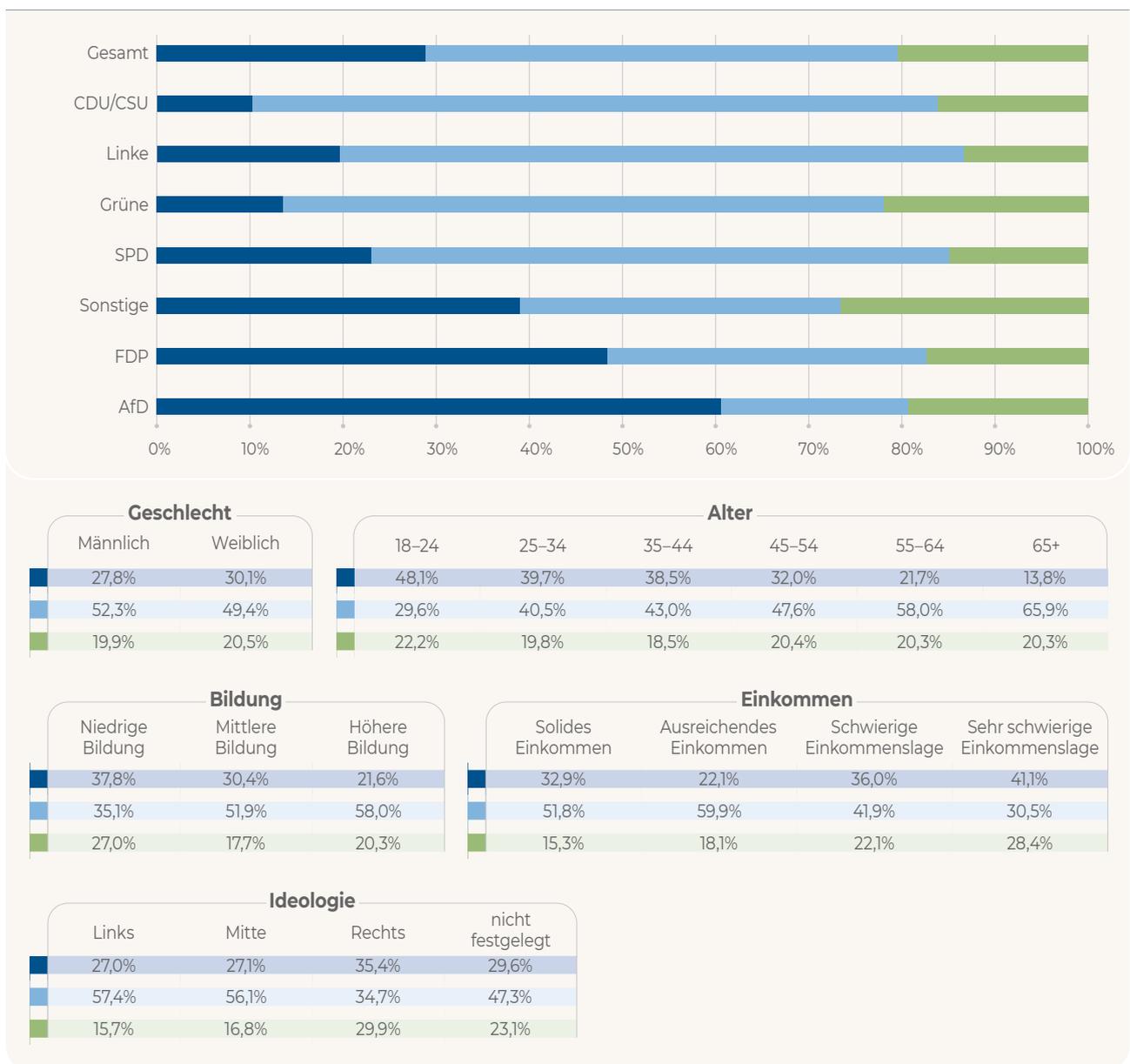


Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich auch bei der Frage, inwieweit die Bürger*innen der Meinung sind, dass die Maßnahmen der Regierung die richtige Balance zwischen Wahrung der Freiheitsrechte und Schutz der öffentlichen Gesundheit getroffen haben: Eine hauchdünne Mehrheit von 50,9 Prozent der deutschen Befragten ist der Ansicht, dass die Maßnahmen im Großen und Ganzen ausgewogen waren, während fast 30 Prozent der Meinung sind, die persönlichen Freiheiten seien allzu stark eingeschränkt worden. 20 Prozent der Befragten hingegen hätten sich weiter reichende Beschränkungen ge-

wünscht. Auch hier sind es die gemäßigten Wähler*innen der politischen Mitte und der Linken, die restriktive Maßnahmen am stärksten befürworten, während die Wählerschaft des rechten Flügels – insbesondere der AfD und der FDP – die Auffassung vertritt, dass die Freiheitsrechte übermäßig stark eingeschränkt wurden. Am stärksten verbreitet ist die Meinung, die Freiheitsrechte seien zu stark eingeschränkt worden, bei jüngeren Bürger*innen, Personen mit geringerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlich prekärer Lage.

Abbildung 4 / Q39 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: persönliche Freiheitsrechte vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Corona-Maßnahmen getroffen, die die persönlichen Freiheiten zu stark einschränken
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die Regierung hat überzogene Maßnahmen getroffen und dadurch der öffentlichen Gesundheit in unverantwortlicher Weise geschadet



Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

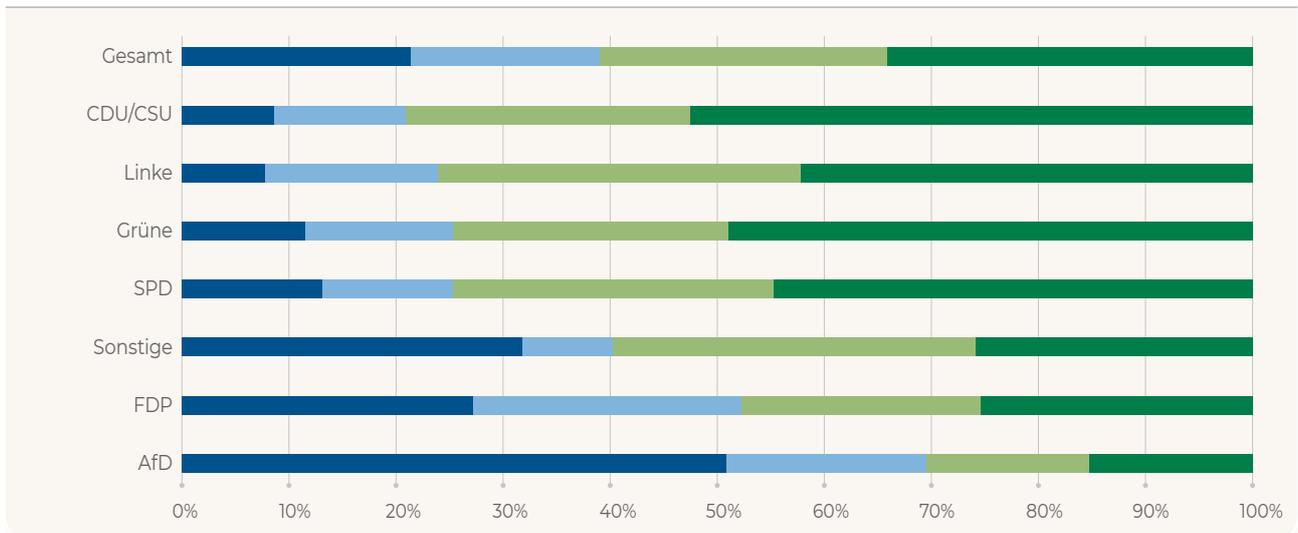
Zum Zeitpunkt der Umfrage (November 2020) gaben 60,9 Prozent der Befragten an, dass sie sich bei einem entsprechenden Angebot der Gesundheitsbehörden impfen lassen würden. Dieser Prozentsatz fällt nur geringfügig niedriger aus als die aktuelle Impfquote in Deutschland, die bei etwa 63 Prozent liegt. Ähnlich wie bei den oben genannten Tendenzen sind die Wähler*innen der Mitte- und Linksparteien am ehesten bereit, sich impfen zu lassen, während eine klare Mehrheit von etwa 70 Prozent der AfD- und etwas

mehr als 50 Prozent der FDP-Wählerschaft dies ablehnt. Überraschenderweise ist die Impfbereitschaft bei Frauen etwas geringer als bei Männern. Dass die Impfbereitschaft bei den jüngeren Befragten deutlich geringer ist als bei älteren Menschen, stimmt dagegen eher mit früheren Untersuchungsergebnissen überein. Am niedrigsten ist die Impfbereitschaft bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsstand, bei Menschen mit geringerem Einkommen, bei Befragten mit rechter Ausrichtung und bei ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 5 / Q52 – Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie ein etwaiges Impfangebot der Gesundheitsbehörden annehmen?

■ Sehr unwahrscheinlich ■ Eher unwahrscheinlich ■ Eher wahrscheinlich ■ Sehr wahrscheinlich



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Sehr unwahrscheinlich	19,9%	23,4%
Eher unwahrscheinlich	16,3%	19,0%
Eher wahrscheinlich	26,1%	27,3%
Sehr wahrscheinlich	37,7%	30,3%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Sehr unwahrscheinlich	28,0%	29,4%	31,7%	22,2%	16,0%	11,4%
Eher unwahrscheinlich	26,8%	26,2%	20,0%	19,0%	15,3%	8,8%
Eher wahrscheinlich	29,3%	23,8%	22,1%	31,6%	29,2%	25,4%
Sehr wahrscheinlich	15,9%	20,6%	26,2%	27,2%	39,6%	54,4%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Sehr unwahrscheinlich	28,2%	22,0%	17,4%
Eher unwahrscheinlich	20,9%	18,6%	13,2%
Eher wahrscheinlich	26,4%	27,7%	24,3%
Sehr wahrscheinlich	24,5%	31,7%	45,1%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Sehr unwahrscheinlich	24,7%	13,7%	27,6%	35,6%
Eher unwahrscheinlich	15,9%	18,0%	19,5%	14,9%
Eher wahrscheinlich	21,2%	29,2%	28,7%	18,8%
Sehr wahrscheinlich	38,2%	39,1%	24,1%	30,7%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
Sehr unwahrscheinlich	15,6%	22,1%	26,1%	23,2%
Eher unwahrscheinlich	12,7%	14,2%	19,7%	27,3%
Eher wahrscheinlich	22,9%	32,1%	19,7%	27,3%
Sehr wahrscheinlich	48,8%	31,5%	34,4%	22,2%

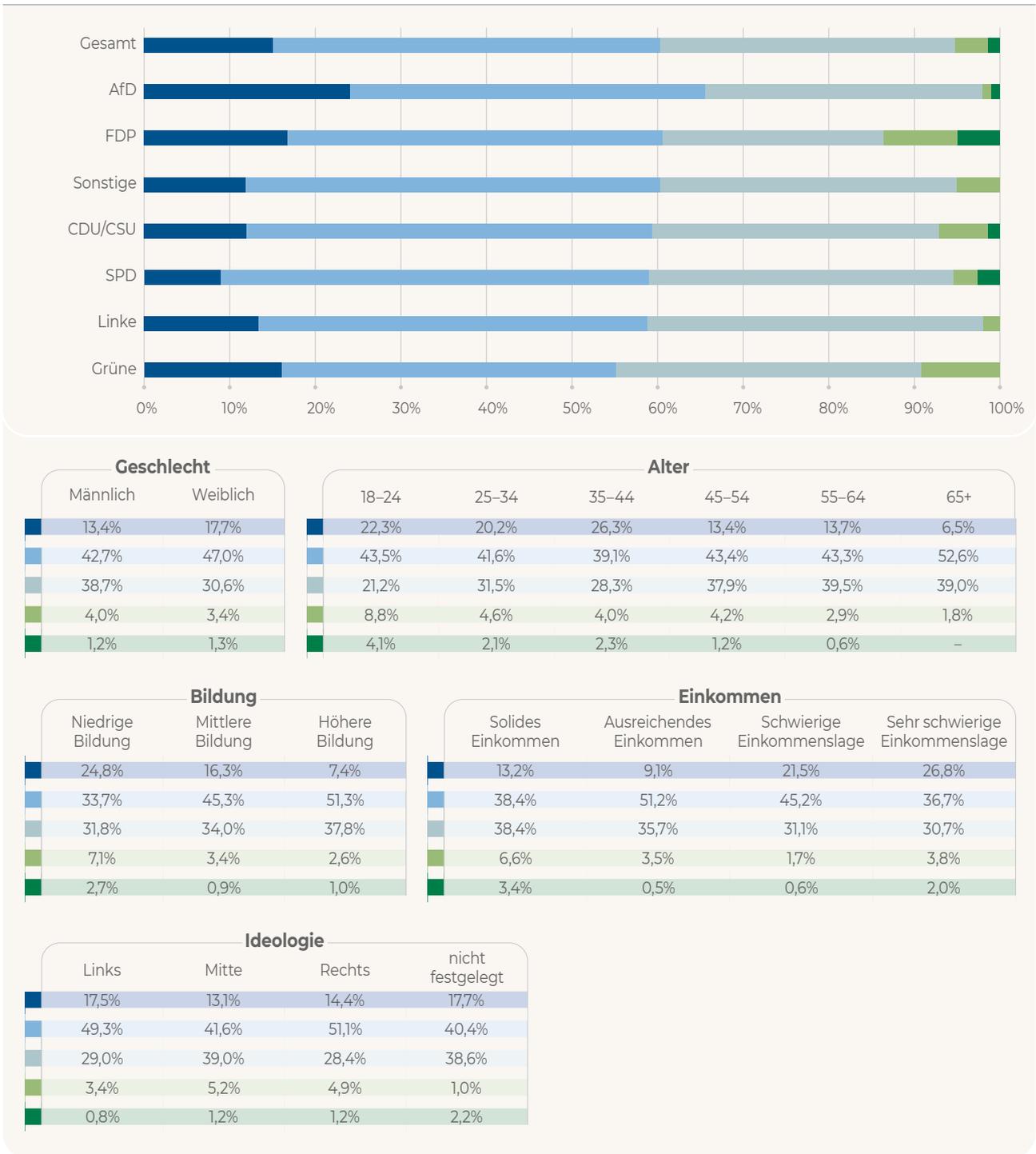
Auswirkungen von Covid-19 auf Lebensqualität und Arbeitsbedingungen

Nach den Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensqualität befragt, gibt es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Mehr als 60 Prozent der Deutschen sprechen von einer hohen Belastung durch die Corona-Pandemie, wobei sich FDP- und AfD-Wähler*innen am stärksten durch negative Folgen in ihrem Leben beein-

trächtigt fühlen. Frauen und Jüngere erlebten ebenso wie Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen mit geringerem Einkommen eine stärkere Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Die Wahrnehmung, von der Pandemie negativ betroffen zu sein, ist bei Bürger*innen aus dem linken und aus dem rechten Spektrum stärker ausgeprägt als bei politisch gemäßigten und ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 6 / Q74 – Wie würden Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Lebensqualität bewerten?

Sie hat mein Leben ... :
■ sehr verschlechtert ■ nicht verändert ■ sehr verbessert
■ etwas verschlechtert ■ etwas verbessert

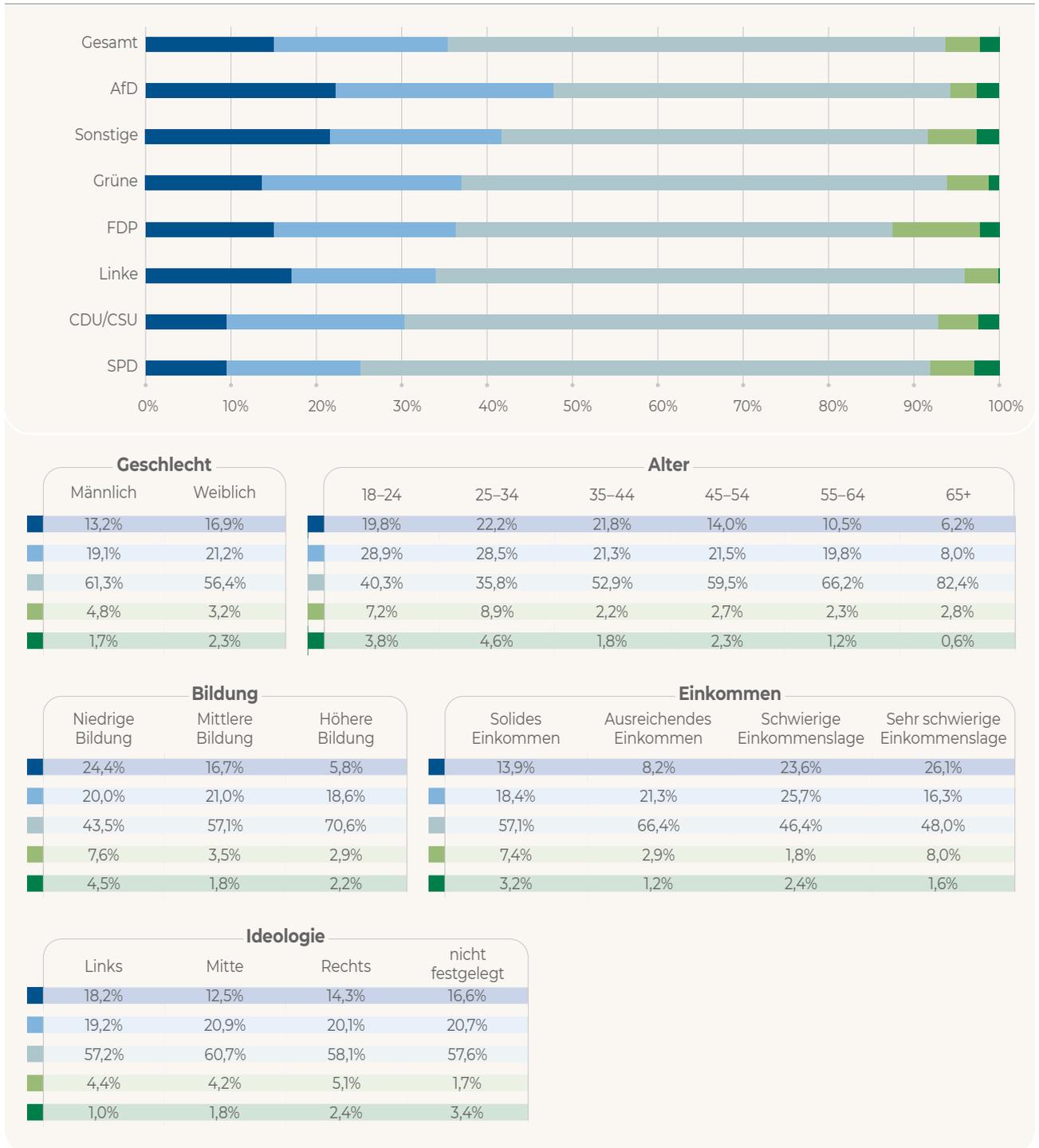


Die meisten deutschen Befragten sehen ihre Arbeitsbedingungen durch die Pandemie nicht beeinträchtigt (58,5 Prozent). Im Vergleich zur Wählerschaft von CDU/CSU und SPD zeigt sich, dass für die Wähler*innen der Grünen und der AfD – also für die Befragten an den beiden Enden des politischen Parteienspektrums – nach eigener Aussage die Arbeitsbedingungen sich deutlich massiver verschlechtert

haben. Auch hier sind es vor allem jüngere Befragte, Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und Personen mit geringerem Einkommen, die angeben, am stärksten negativ von der Pandemie betroffen zu sein. Die Ansicht, dass die Arbeitsverhältnisse sich verbessert haben, ist jedoch am ehesten bei der Wählerschaft der FDP anzutreffen; dieser Ansicht sind 10 Prozent dieser Gruppe.

Abbildung 7 / Q75 – Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Arbeitsbedingungen?

Meine Arbeitsbedingungen ... :
■ haben sich massiv verschlechtert
■ sind etwas schlechter geworden
■ sind gleich geblieben
■ haben sich etwas verbessert
■ haben sich sehr verbessert

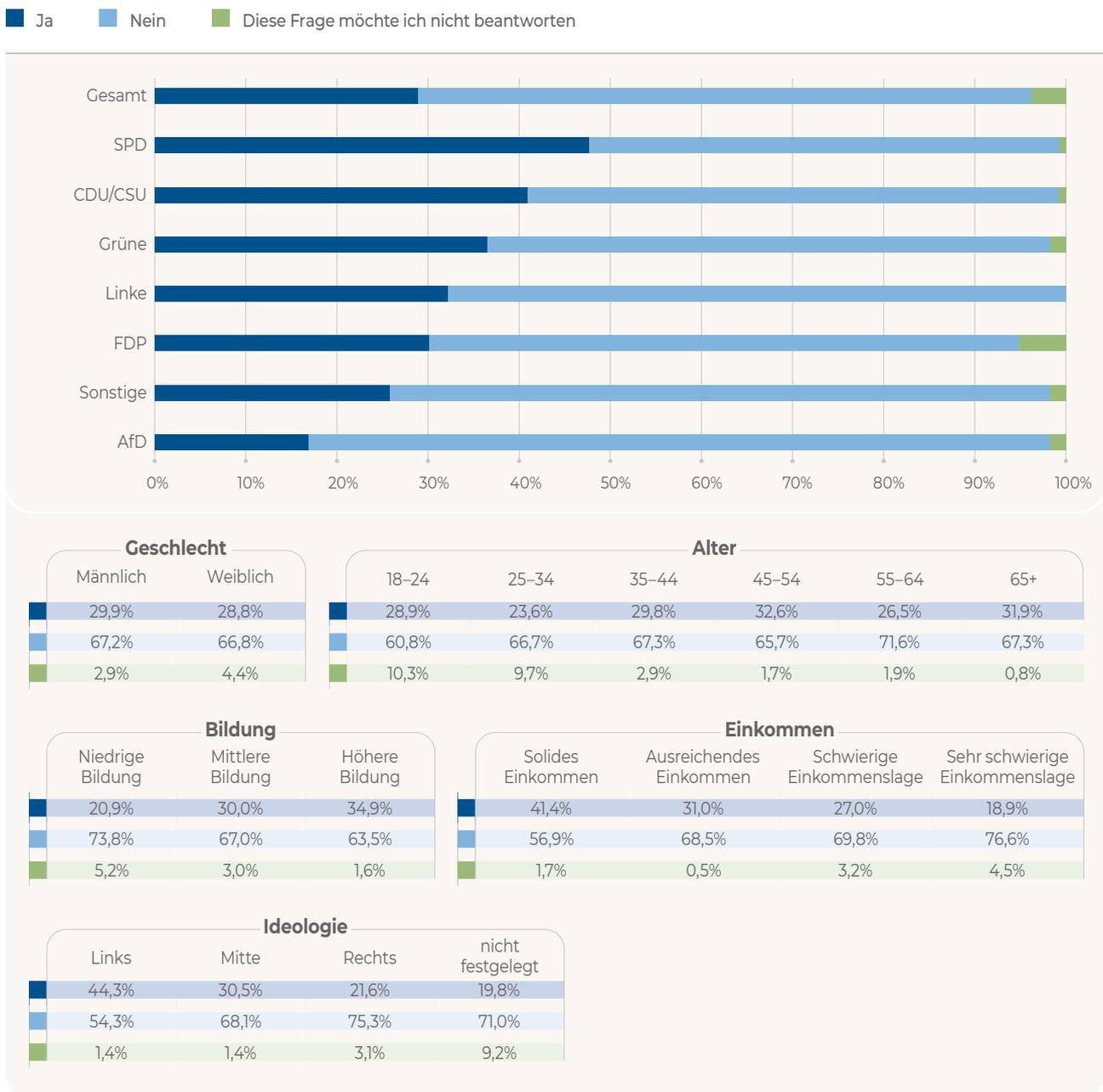


Kontaktverfolgungs-App (Corona-Warn-App)

Ein eher geringer Anteil der Befragten von nur 29,2 Prozent hat die nationale Kontaktverfolgungs-App (Corona-Warn-App) installiert. Der Anteil derjenigen, die die App installiert haben, ist bei den Wähler*innen von SPD und CDU/CSU – also der beiden zum Zeitpunkt der Befragung regierenden Parteien der Großen Koalition – höher als in anderen Wählergruppen, insbesondere höher als bei

den Wähler*innen von AfD, FDP und kleinen Parteien. Am niedrigsten war der Anteil derjenigen, die sich für die Installation der Corona-Warn-App entschieden, bei den Menschen mit geringer Bildung und den in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Personen sowie bei den Wähler*innen des rechten Spektrums und den ideologisch nicht festgelegten Befragten.

Abbildung 8 / Q61 – Haben Sie die nationale Kontaktverfolgungs-App (Corona-Warn-App) installiert?



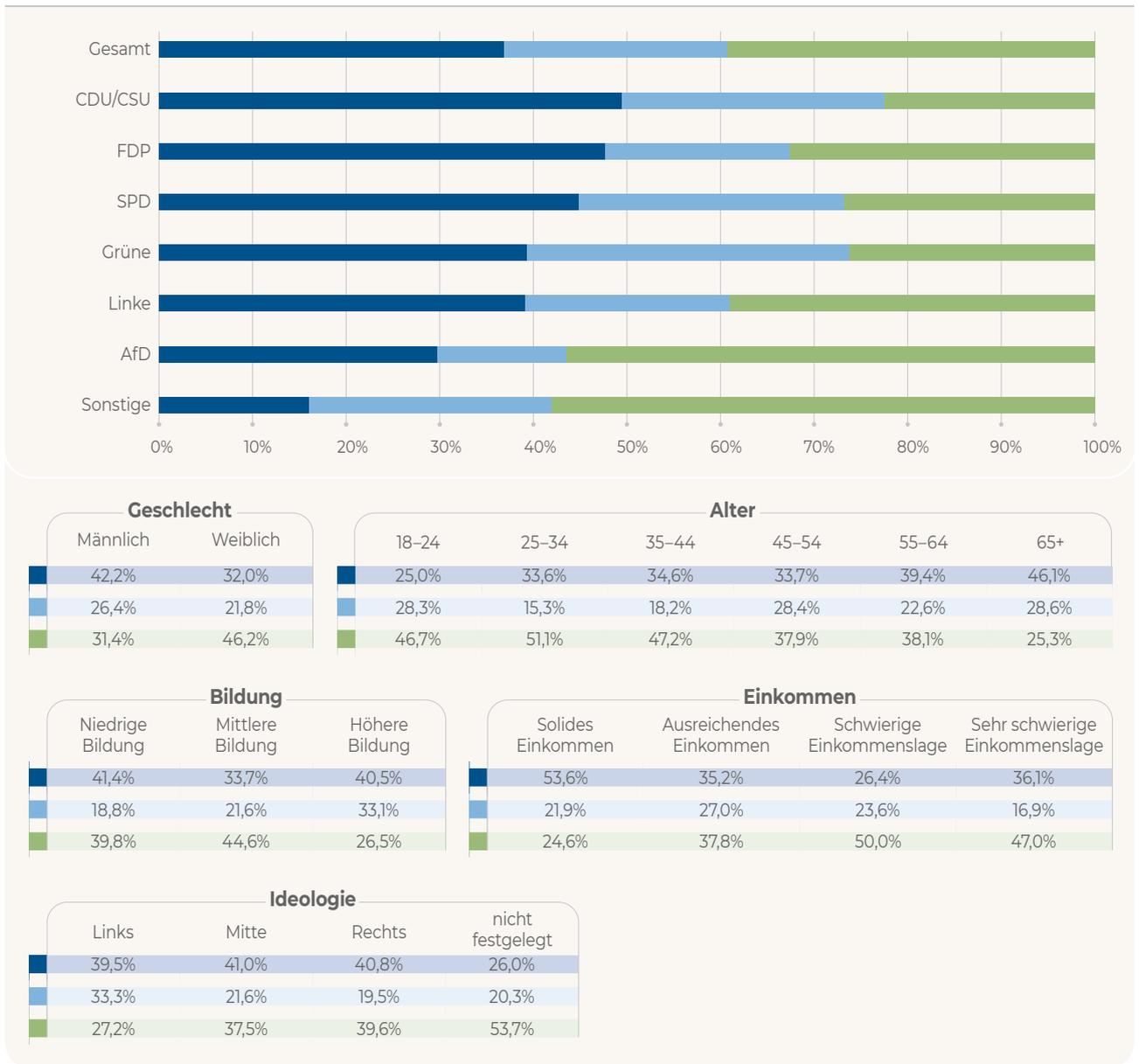
Impfpflicht

Mehr als 60 Prozent der deutschen Befragten sind der Meinung, dass es eine Impfpflicht gegen COVID-19 geben sollte. Die Wählerschaft der etablierten Parteien – CDU/CSU, SPD und Grüne – ist am entschiedensten für eine Impfpflicht, während die Wählerschaft der AfD und kleinerer Parteien am vehementesten dagegen ist. Bei den Männern ist der Anteil der Impfpflichtbefürworter sehr viel höher als bei den Frauen; dasselbe gilt für Wähler*in-

nen, die fortgeschrittenen Alters sind, ein höheres Einkommen haben oder ideologisch links stehen – wobei bei Letzteren die Zustimmung zu einer Impfpflicht als Voraussetzung für den Zugang zum öffentlichen Raum sehr viel höher ist. Auch befürworten Befragte mit höherem Bildungsniveau im Vergleich zu anderen Wählergruppen eher die Forderung nach einem Impfnachweis für den Zugang zum öffentlichen Raum.

Abbildung 9 / Q21G – Impfpflicht

- Die Covid-19-Impfung sollte für alle verpflichtend sein
- Die Covid-19-Impfung sollte für den Zutritt zum öffentlichen Raum und für soziale Aktivitäten verpflichtend sein
- Die Menschen sollten selbst entscheiden können, ob sie sich impfen lassen oder nicht, ohne dass es für sie Folgen hat



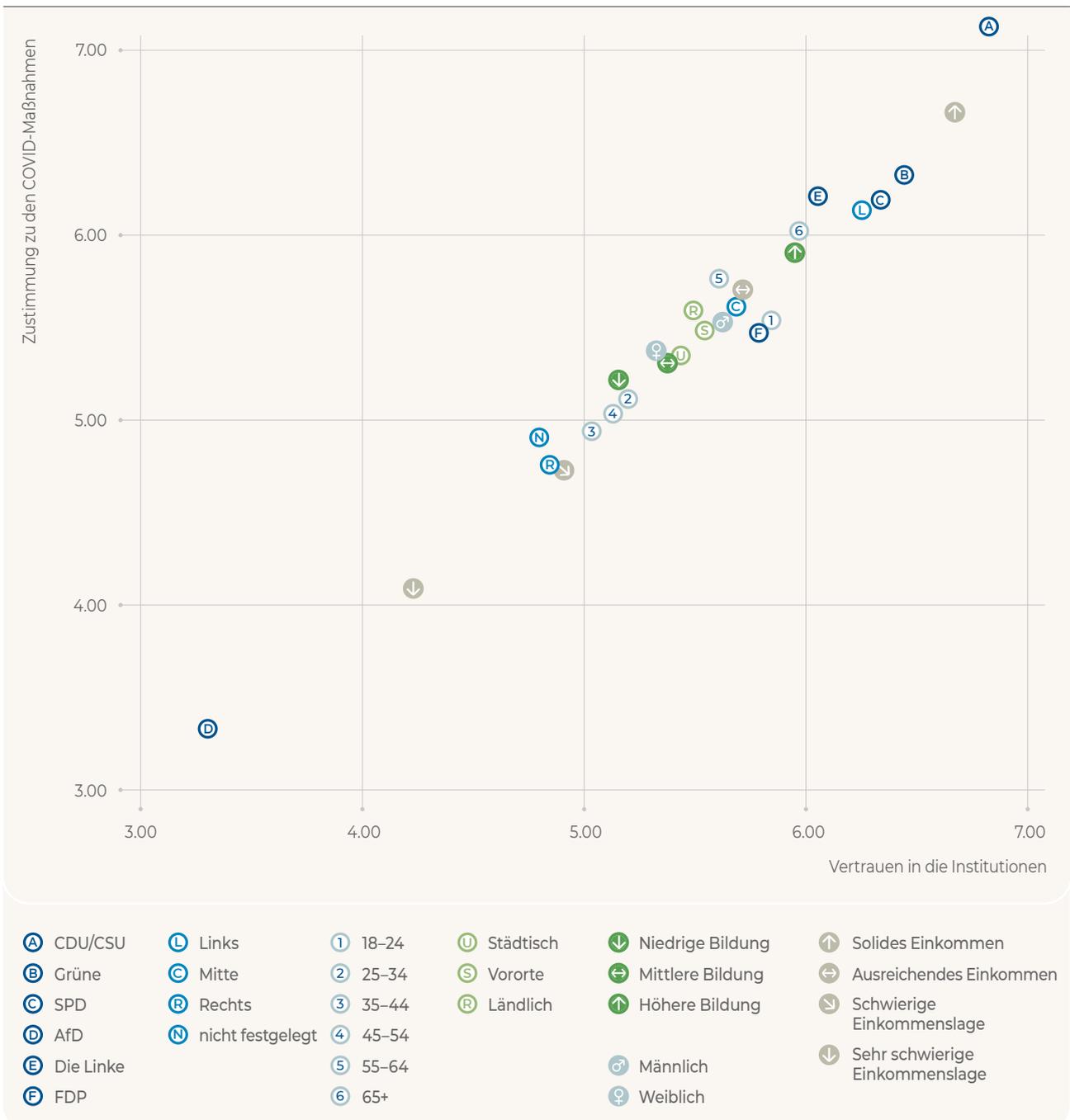
Vertrauen in Institutionen, Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen und öffentliche Wahrnehmung der Corona-Pandemie

Der Index »Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen« beinhaltet 5 Einzelfragen, anhand derer die Befragten die Maßnahmen bewerten sollten, die von verschiedenen Institutionen zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen wurden. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« umfasst 6 Einzelfragen, in denen die Teilnehmer*innen der Umfrage anhand einer 10-Punkte-Skala von 0 »überhaupt kein Vertrauen« bis 10 »volles Vertrauen« gefragt wurden, inwieweit sie verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen. Alle Fragen aus den Streudiagrammen wurden anhand einer 10-Punkte-Skala beantwortet. Bei allen im Länderbericht erfassten Indizes zeigen niedrigere Punktzahlen ein geringes Maß und höhere Punktzahlen ein ho-

hes Maß an Unterstützung/Zustimmung für die gemessenen Sachverhalte an (z. B. bedeutet eine niedrigere Punktzahl im Index zum Vertrauen in die Institutionen, dass die Befragten diesen nur wenig vertrauen). Für zahlreiche Befragtengruppen wurden die Durchschnittswerte jeweils in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt, das die verschiedenen Bevölkerungssegmente nach Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommensknappheit, politischer Orientierung und Parteineigung erfasst.

Zwischen den beiden Indizes besteht eindeutig ein linearer Zusammenhang: Je mehr Vertrauen die Befragten in die Institutionen haben, desto eher unterstützen sie die Covid-Maßnahmen. Insbesondere die Wählerschaft der gemäßigten Mitte- und Linksparteien, Menschen mit höherem Bildungsniveau und höherem Einkommen unter-

Abbildung 10 – Unterstützung für Covid-Maßnahmen



stützen – ebenso wie die Wähler*innen der älteren Generation – am entschiedensten die Maßnahmen gegen die Pandemie und haben auch das größte Vertrauen in die Institutionen. Auf der anderen Seite haben AfD-Wählerschaft und Befragte, die sich in einer prekären wirtschaftlichen Situation befinden, sehr viel weniger Vertrauen in die Institutionen und unterstützen die Covid-Maßnahmen seltener als die höher Gebildeten, die wirtschaftlich Wohlhabenden und die Wähler*innen linker Parteien und der CDU/CSU.

Bei der Frage, wer von den öffentlichen Ausgaben während der Pandemie profitiert hat, zeigt sich sehr deutlich, dass die Befragten des rechten Flügels, die AfD-Wähler*innen und diejenigen am unteren Ende der Einkommensverteilung der Meinung sind, dass die Einkommens-

stärksten am meisten von den staatlichen Ausgaben zur Wiederankurbelung der Wirtschaft profitiert haben. Bei den Befragten aus der politischen Mitte, den 18- bis 24-Jährigen, den Befragten mit höherem Einkommen und bei der Wählerschaft der gemäßigten und linken Parteien ist die Meinung, die öffentlichen Ausgaben seien den Wohlhabendsten zugutegekommen, weniger weit verbreitet. Dabei ist allerdings mitzubedenken, dass diese Frage auf der vertikalen Achse mit einer 10-Punkte-Skala zu beantworten war und alle Befragtengruppen in der Grafik über dem Mittelwert der Skala liegen, was darauf hindeutet, dass die Öffentlichkeit mit der Handhabung der öffentlichen Ausgaben während der Pandemie eher unzufrieden ist. Allgemein herrscht die Meinung vor, dass die Pandemie die bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt hat.

Abbildung 11 – Nutznießer öffentlicher Ausgaben



- | | | | | | |
|-------------|--------------------|---------|-------------|--------------------|----------------------------------|
| Ⓐ CDU/CSU | Ⓘ Links | ① 18-24 | Ⓤ Städtisch | ⬇ Niedrige Bildung | ⬆ Solides Einkommen |
| Ⓑ Grüne | Ⓒ Mitte | ② 25-34 | Ⓢ Vororte | ↔ Mittlere Bildung | ↔ Ausreichendes Einkommen |
| Ⓒ SPD | Ⓓ Rechts | ③ 35-44 | Ⓡ Ländlich | ⬆ Höhere Bildung | ↘ Schwierige Einkommenslage |
| Ⓓ AfD | Ⓝ nicht festgelegt | ④ 45-54 | | | ⬇ Sehr schwierige Einkommenslage |
| Ⓔ Die Linke | | ⑤ 55-64 | | ♂ Männlich | |
| Ⓕ FDP | | ⑥ 65+ | | ♀ Weiblich | |

In der Frage, ob Maßnahmen gegen die Pandemie gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, sind die Deutschen offensichtlich geteilter Meinung. Die AfD-Wähler*innen sind eindeutig auch hier die Spitzenreiter, zusammen mit den weniger Gebildeten und denjenigen, die Mühe haben, finanziell über die Runden zu kommen, sowie den 35- bis 54-Jährigen und den politisch rechts stehenden. Viele Befragten vertreten

bei diesem Thema indes eine eher gemäßigte Position. Bei den über 65-Jährigen, den Besserverdienenden, bei Personen mit einem höheren Bildungsabschluss sowie bei Anhängern der Linksparteien und bei den gemäßigten CDU/CSU-Wähler*innen ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Pandemie für verfassungswidrig und antidemokratisch halten, am geringsten.

Abbildung 12 – Covid-Maßnahmen und Verfassungsprinzipien

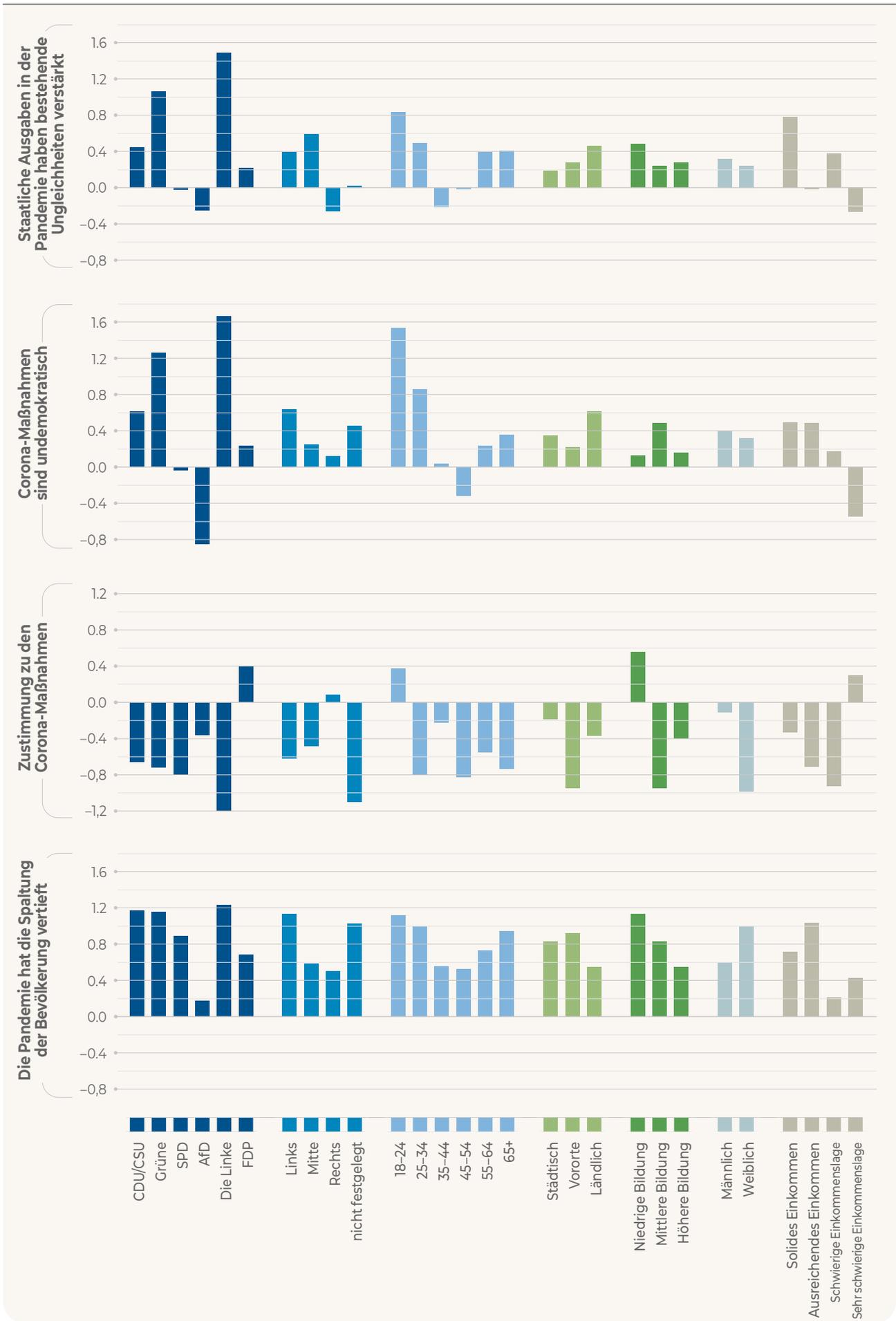


Die meisten deutschen Befragten teilen die Ansicht, die Pandemie habe die Spaltung der Bevölkerung vertieft. Am stärksten vertreten ist diese Meinung bei AfD-Wähler*innen, Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und bei den 25- bis 44-Jährigen.

Abbildung 13 – Covid-19 und gesellschaftliche Spaltung



Abbildung 14



Anhand der unterschiedlichen Ergebnisse in den beiden Erhebungswellen lässt sich aufzeigen, wie sich die Index-Mittelwerte für jede soziodemografische Befragten-gruppe im zeitlichen Verlauf verändert haben. Hier zeichnet sich eine klare Tendenz ab. Im Vergleich zu 2020 ist im Jahr 2021 bei allen Befragtengruppen die Meinung, dass die Pandemie die Spaltung zwischen den Menschen vertieft habe, stärker vertreten. Die Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen ging hingegen in fast allen Wählergruppen deutlich zurück. Die zunehmend ablehnende Haltung gegenüber den Pandemiemaßnahmen spiegelt sich auch darin wider, dass mehr Befragte der Meinung sind, die Maßnahmen seien undemokratisch und die Ungleichheiten hätten zugenommen. Rückläufig ist diese Ansicht nur in den Befragtengruppen, die schon vorher gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid waren.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 1

- Die Mehrheit der deutschen Befragten ist sich zwar bewusst, dass die Covid-19-Pandemie gravierende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hat. In Bezug auf die Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und die Impfkampagne ist die Gesellschaft jedoch polarisiert.
- Während die große Mehrheit der Deutschen besorgt ist, dass Corona im Fall einer Erkrankung ihre Gesundheit gefährden könnte, halten es die meisten für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus anstecken werden. Die wenigsten Sorgen über das Virus machen sich Wähler*innen von AfD und FDP.
- Mehr als die Hälfte der Deutschen ist der Ansicht, die Regierung habe die richtigen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergriffen, unabhängig von den Folgen für die Wirtschaft und die persönlichen Freiheitsrechte. Befragte mit geringerem Bildungsniveau und Menschen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie die AfD- und FDP-Wählerschaft äußerten sich am kritischsten zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen.
- Während der Großteil der Befragten bereit ist, sich impfen zu lassen, geben die AfD- und FDP-Wählerschaft sowie Befragte mit geringerem Bildungsniveau und Einkommensproblemen mehrheitlich an, dass sie die Impfung (sehr) wahrscheinlich nicht in Anspruch nehmen werden.
- Mit Blick auf die Verschlechterung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nimmt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung negative Auswirkungen wahr, insbesondere was die Lebensqualität betrifft, während die Arbeitsbedingungen der meisten Deutschen weitgehend unverändert blieben. Offenkundig ist, dass die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, die Einkommenschwächsten sowie die AfD-Wählerschaft sich sowohl in ihrem Lebensstandard als auch ihren Arbeitsverhältnissen am stärksten von den negativen Folgen der Pandemie betroffen sehen.
- Mehrheitlich sind die Deutschen der Meinung, dass es eine Impfpflicht geben sollte, zumindest wenn es um den Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen geht. Bei den AfD-Wähler*innen, jüngeren Befragten und einkommenschwachen Personen ist die Ablehnung einer Impfpflicht am stärksten ausgeprägt.
- Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Vor allem bei den Wähler*innen der gemäßigten Mitte-links-Parteien und bei der Wählerschaft mit höherem Bildungsniveau und Menschen mit höherem Einkommen ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen befürworten, am höchsten. Bei ihnen ist auch das Vertrauen in die Institutionen am größten.
- In der Frage, ob die Corona-Maßnahmen gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, zeigt sich ein gespaltenes Bild. Am stärksten vertreten ist die Meinung, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie würden demokratische Freiheiten beschneiden, bei AfD-Wähler*innen, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, Personen mit schwieriger Einkommenslage, bei der Altersgruppe der 35- bis 54-Jährigen und bei politisch rechts Stehenden.
- Im Vergleich zu 2020 hat sich 2021 in allen befragten Gruppen die Überzeugung verfestigt, die Pandemie habe die Spaltung zwischen den Menschen vertieft.



KAPITEL 2

VERSCHWÖRUNGSGLAUBEN IST RELATIV WEIT VERBREITET



Was den Fragekomplex »Verschwörungsglauben« betrifft, findet bei den Deutschen die These »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe« die größte Zustimmung – 39 Prozent der Befragten geben an, diese Aussage zu glauben. AfD-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, während Grünen- und CDU/CSU-Wähler*innen dies am wenigsten tun. Befragte mittleren Alters, Menschen mit geringerer Bildung, Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen sowie politische rechts stehende oder ideologisch nicht festgelegte Befragte

glauben tendenziell eher an diese Verschwörungstheorie. Ein Blick auf die Antworten der Befragten in anderen Ländern zeigt, dass die These, das Virus sei absichtlich von China freigesetzt worden, von vielen europäischen Bürgern für wahr gehalten wird. Mehr als 50 Prozent der spanischen und polnischen Befragten stimmen ihr zu. Italien und Frankreich liegen mit 40 Prozent Zustimmung etwas darunter. Am geringsten ist der Anteil derjenigen, die an diese Behauptung glauben, in Schweden – dort beträgt er knapp über 20 Prozent.

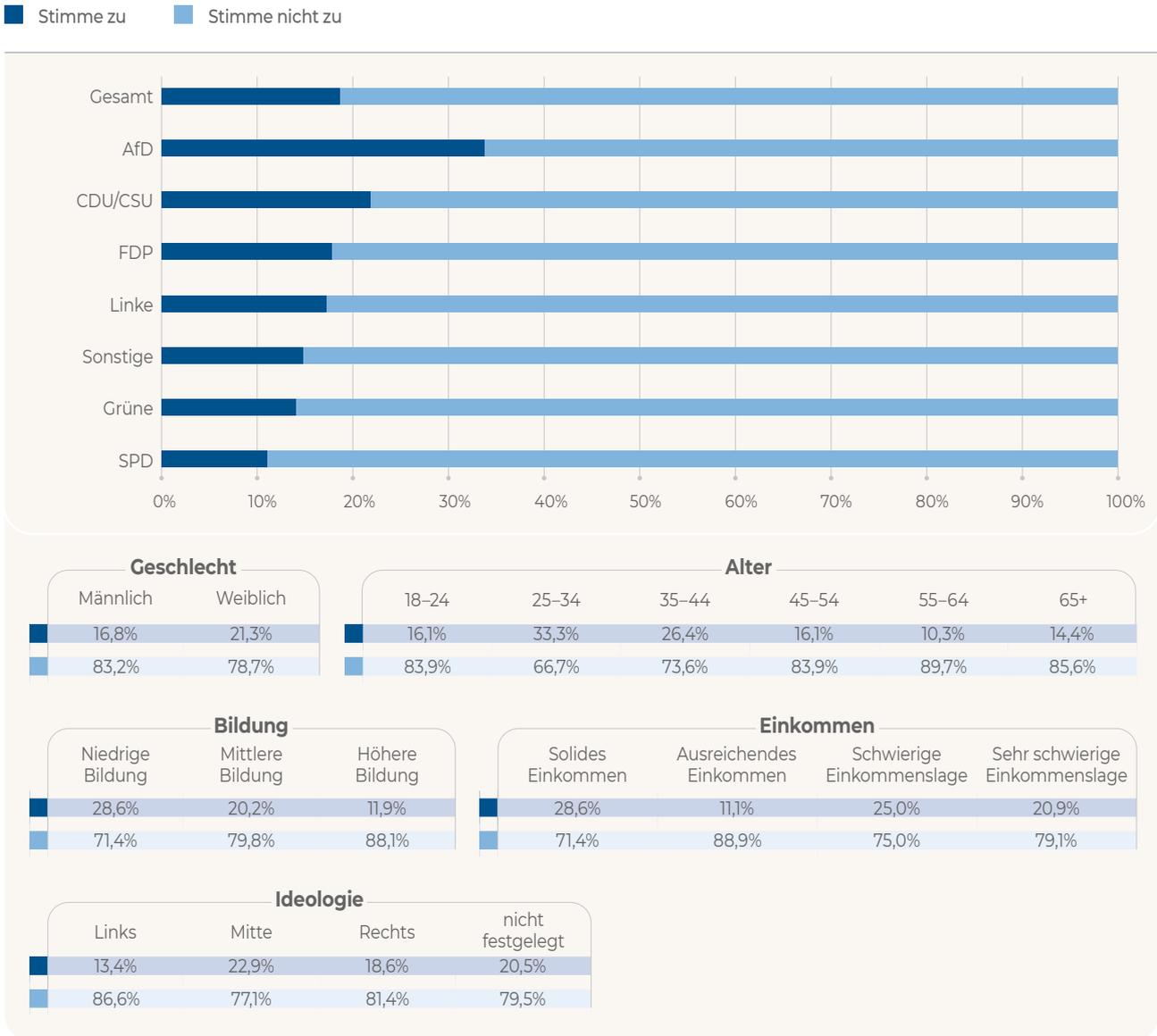
Abbildung 15 / Q57XB – »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe«



Die Verschwörungsthese »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus« trifft nur auf geringe Zustimmung. 19 Prozent der Befragten geben an, diese These zu glauben. AfD-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, die Wählerschaft der Grünen und der SPD am wenigsten. Im Vergleich zu anderen demografischen

Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, am höchsten bei befragten Personen mittleren Alters, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, Menschen mit schwieriger Einkommenslage sowie bei politisch rechts stehenden oder ideologisch nicht festgelegten Befragten.

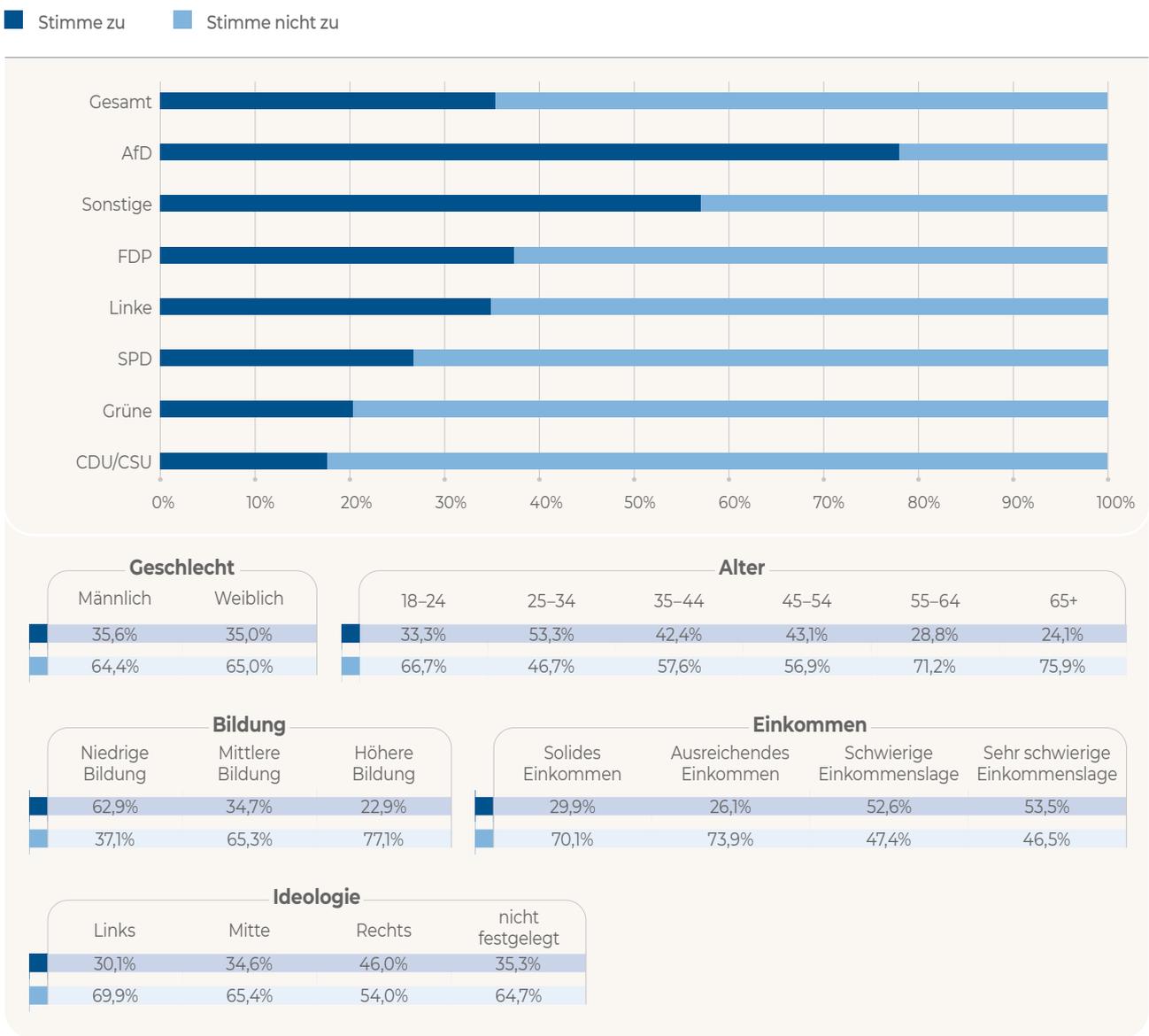
Abbildung 16 / Q57XB – »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus«



Die Verschwörungstheorie »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen« findet mit 35,4 Prozent der von ihr überzeugten Befragten eine relativ hohe Zustimmung. Vor allem die AfD-Wählerschaft (77,8 Prozent) glaubt an diese Theorie;

die Grünen- und CDU/CSU-Wähler*innen stimmen ihr am wenigsten zu. Gering gebildete, einkommensschwache und politisch rechts stehende Personen sind am ehesten bereit zu glauben, multinationale Pharmaunternehmen hätten das Virus zu ihrem ökonomischen Vorteil in Umlauf gebracht.

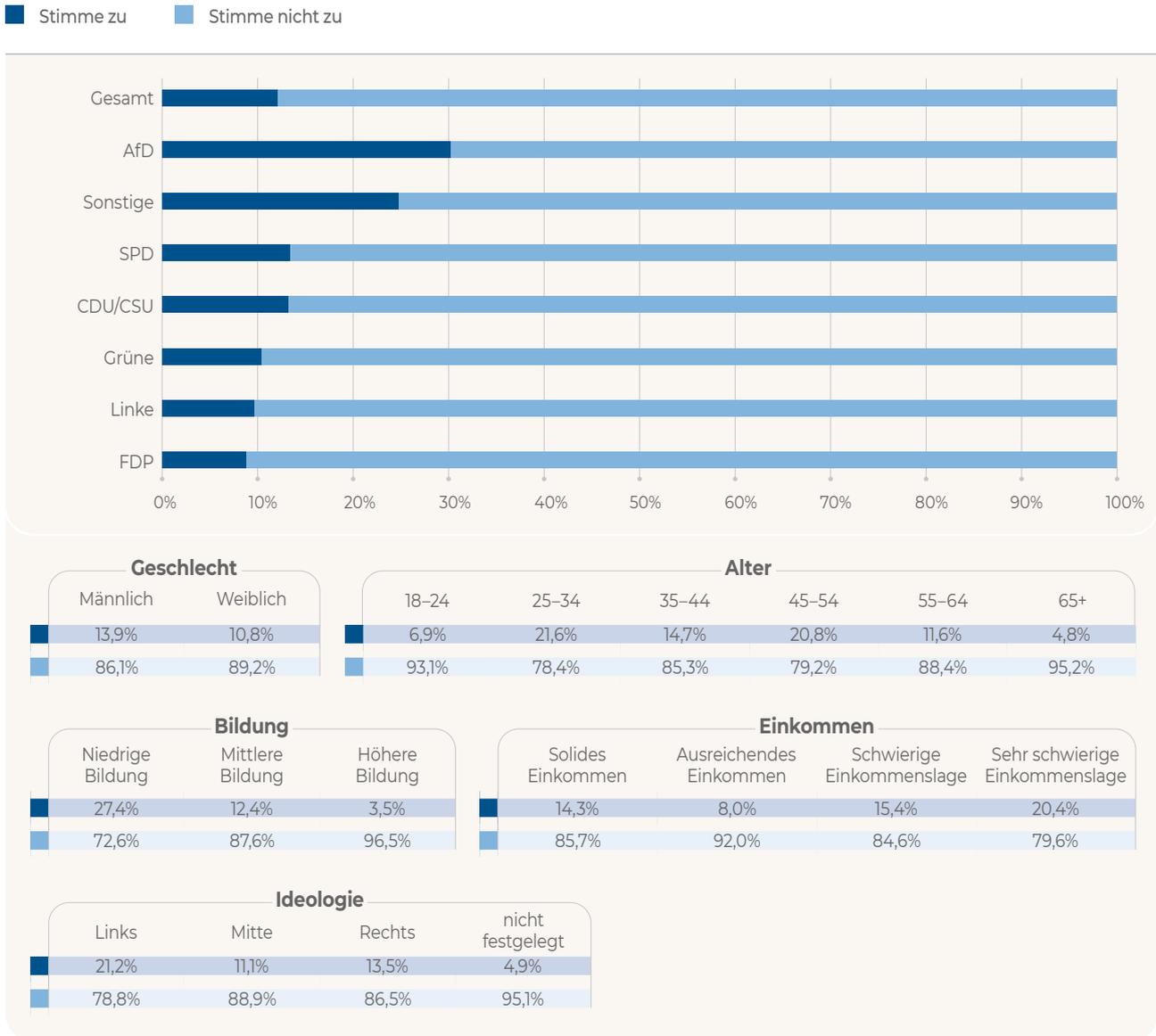
Abbildung 17/Q57XB – »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen«



An wenigsten trifft die Behauptung »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung« auf Zustimmung – nur 12,5 Prozent der Befragten bezweifeln, dass das Virus eine echte Bedrohung darstellt. Auch dieser Aussage stimmen AfD-Wählerschaft und die Anhänger kleinerer Parteien am ehesten zu, während FDP- und Linke-Wähler*innen von ihr am wenig-

sten überzeugt sind. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, die dieser Verschwörungsthese anhängen, bei den Befragten mittleren Alters, bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Befragten mit schwieriger Einkommenslage und bei politisch links stehenden.

Abbildung 18 / Q57XB – »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung«



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 2

- Angesichts der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungstheorien über die Corona-Pandemie erstaunt es nicht, dass ein unerwartet hoher Anteil der deutschen Bürgerinnen und Bürger einige von ihnen für wahr hält.
- Die Wählerschaft von AfD und kleineren Parteien bekennt sich – ebenso wie Wähler*innen mit geringerem Bildungsstand und jüngere Befragte – deutlich häufiger zu Verschwörungsthesen als andere Wählergruppen.
- Die Verschwörungstheorie, das Virus sei absichtlich von China in Umlauf gebracht und von Pharmakonzernen verbreitet worden, findet in der deutschen Öffentlichkeit die größte Unterstützung: 39 bzw. 35 Prozent der Befragten glauben daran.
- Eine erhebliche Zahl der Befragten stimmt auch den beiden anderen Verschwörungsthesen zu, obwohl dies angesichts der Abwegigkeit dieser Behauptungen nicht zu erwarten war. 19 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, die 5G-Technologie trage dazu bei, dass sich das Virus schneller ausbreitet, und 12 Prozent gehen davon aus, es handle sich bei der Verbreitung des Coronavirus um eine Falschmeldung.
- Entgegen der landläufigen Meinung legen die Daten den Schluss nahe, dass der Glaube an Verschwörungsthesen in Deutschland weit verbreitet ist. Offenbar ist in Krisenzeiten die öffentliche Meinung empfänglicher für suggestive Botschaften, die von Populisten und Organisationen mit möglicherweise antidemokratischen Bestrebungen verbreitet werden.



KAPITEL 3

OPTIMISTISCHER BLICK IN DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT



Die wirtschaftliche Situation 2021 im Vergleich zu 2020

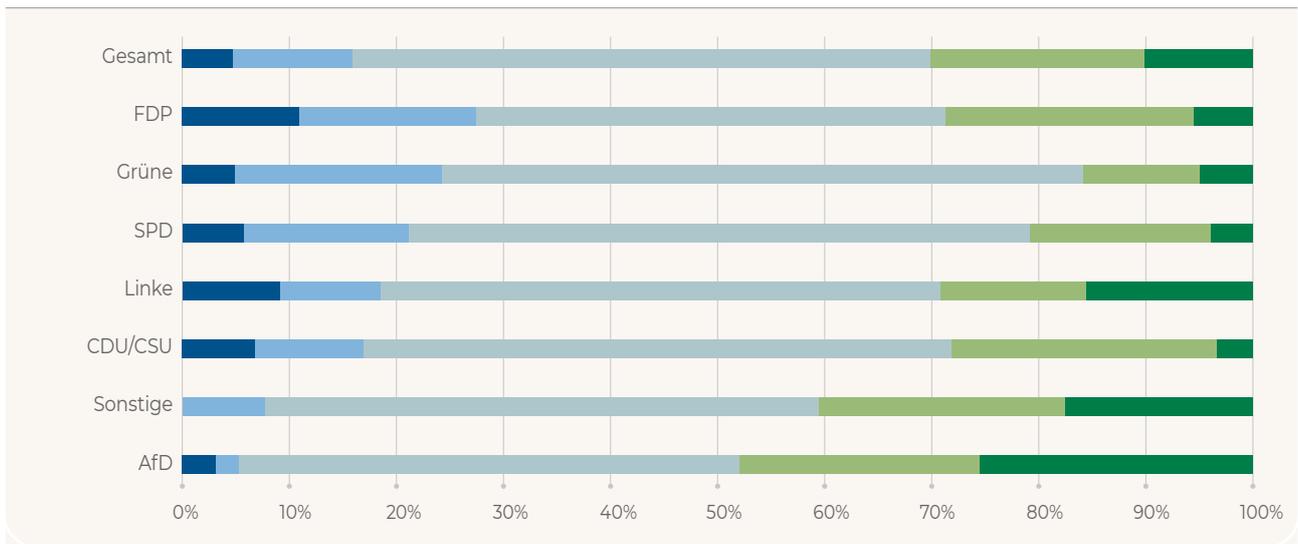
Eine knappe Mehrheit der deutschen Befragten (54 Prozent) gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage sich während der Pandemie im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 nicht verändert hat. Nachvollziehbarerweise meinen nur 16 Prozent, ihre Situation habe sich verbessert, während sich bei etwa 30 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Situation seit 2020 verschlechtert hat. FDP-Wähler*innen haben sich nach eigenen Angaben am häufigsten verbessert;

bei der Wählerschaft der AfD ist das Gegenteil der Fall. SPD und Grüne sind die Wählergruppen, deren wirtschaftliche Lage im Vergleich zu 2020 weitgehend unverändert geblieben ist. Der Anteil der Befragten, deren wirtschaftliche Situation sich verschlechtert hat, ist in fast allen Wählergruppen ähnlich hoch, jedoch weniger ausgeprägt bei Männern, älteren Befragten, Personen mit höherem Bildungsniveau und hohem Einkommen sowie politisch links stehenden Personen.

Abbildung 19 / Q27 – Die ökonomische Situation 2021 im Vergleich zu 2020

Hat sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Ende 2020 ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ nicht verändert ■ etwas verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	7,9%	1,8%
etwas verbessert	11,7%	10,7%
nicht verändert	56,5%	52,0%
etwas verschlechtert	18,0%	21,7%
massiv verschlechtert	5,9%	13,8%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	13,5%	8,1%	8,8%	2,3%	1,9%	1,2%
etwas verbessert	23,6%	11,0%	16,3%	13,2%	6,9%	4,4%
nicht verändert	48,3%	42,6%	43,8%	54,6%	54,1%	68,5%
etwas verschlechtert	7,9%	18,4%	20,6%	20,1%	27,7%	19,8%
massiv verschlechtert	6,7%	19,9%	10,6%	9,8%	9,4%	6,0%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	12,0%	3,9%	1,6%
etwas verbessert	23,5%	9,3%	6,2%
nicht verändert	39,9%	53,2%	66,5%
etwas verschlechtert	20,2%	19,4%	21,0%
massiv verschlechtert	4,4%	14,2%	4,7%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	18,4%	2,3%	0,6%	-
etwas verbessert	13,5%	12,2%	8,8%	8,2%
nicht verändert	57,3%	60,5%	49,7%	25,9%
etwas verschlechtert	7,0%	22,6%	21,0%	27,1%
massiv verschlechtert	3,8%	2,3%	19,9%	38,8%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
sehr verbessert	10,0%	3,4%	1,2%	3,9%
etwas verbessert	18,0%	10,6%	8,8%	6,6%
nicht verändert	48,8%	57,5%	56,1%	53,1%
etwas verschlechtert	15,6%	18,8%	22,8%	24,1%
massiv verschlechtert	7,6%	9,7%	11,1%	12,3%

Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

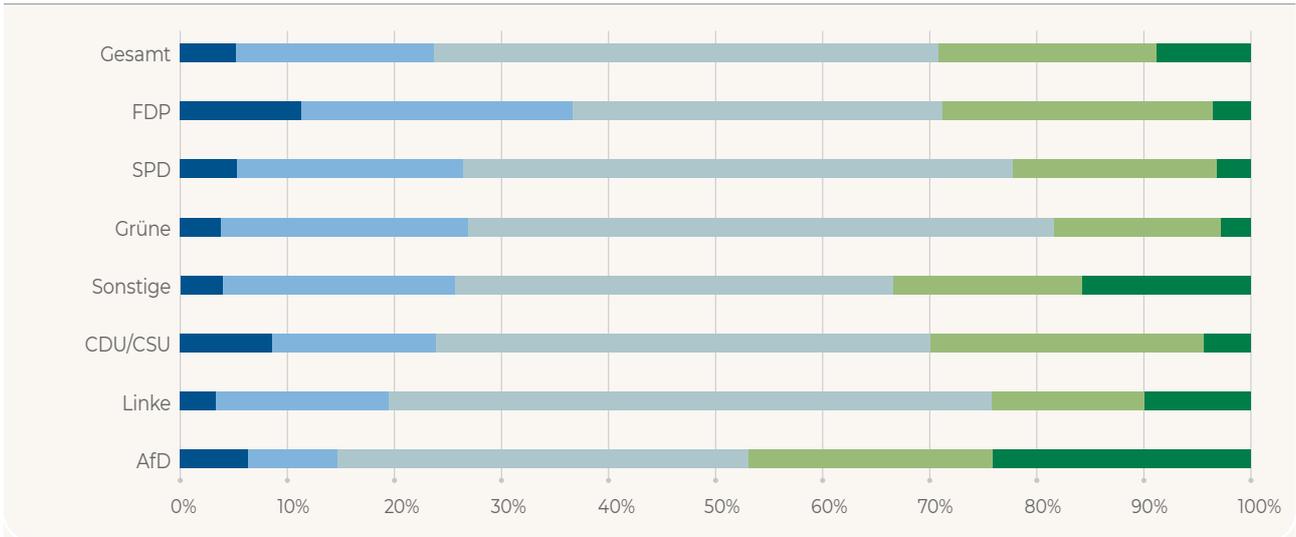
Was die Wirtschaftserwartungen für die nächsten 12 Monate betrifft, gehen 47,4 Prozent der Befragten davon aus, dass ihre ökonomische Situation sich nicht ändern wird. Allerdings sind mehr Wähler*innen pessimistisch (29 Prozent) als optimistisch (23,6 Prozent). Die

Wählerschaft der FDP hat die positivsten, die AfD-Wählerschaft die negativsten Erwartungen an das kommende Jahr. Letzteres trifft auch auf die befragten Personen mittleren Alters, Menschen mit prekären Einkommensverhältnissen und auf die Befragten des rechten Spektrums zu.

Abbildung 20 / Q28 – Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

Meinen Sie, dass sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ gleich bleibt ■ verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	7,2%	3,3%
etwas verbessert	17,4%	19,1%
gleich bleibt	47,9%	47,3%
verschlechtert	21,3%	19,3%
massiv verschlechtert	6,2%	11,0%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	14,9%	8,1%	10,5%	1,7%	1,9%	0,8%
etwas verbessert	30,9%	21,5%	19,1%	20,1%	19,9%	8,6%
gleich bleibt	36,2%	43,0%	42,0%	47,7%	43,6%	60,5%
verschlechtert	10,6%	12,6%	19,8%	20,7%	25,6%	25,5%
massiv verschlechtert	7,4%	14,8%	8,6%	9,8%	9,0%	4,5%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	12,7%	4,7%	1,5%
etwas verbessert	30,4%	18,4%	10,0%
gleich bleibt	31,5%	48,0%	58,3%
verschlechtert	21,5%	17,2%	25,5%
massiv verschlechtert	3,9%	11,7%	4,6%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	18,4%	2,8%	1,7%	1,2%
etwas verbessert	18,4%	20,0%	18,9%	12,0%
gleich bleibt	54,1%	50,6%	45,6%	26,5%
verschlechtert	5,4%	23,1%	23,3%	30,1%
massiv verschlechtert	3,8%	3,5%	10,6%	30,1%

Ideologie

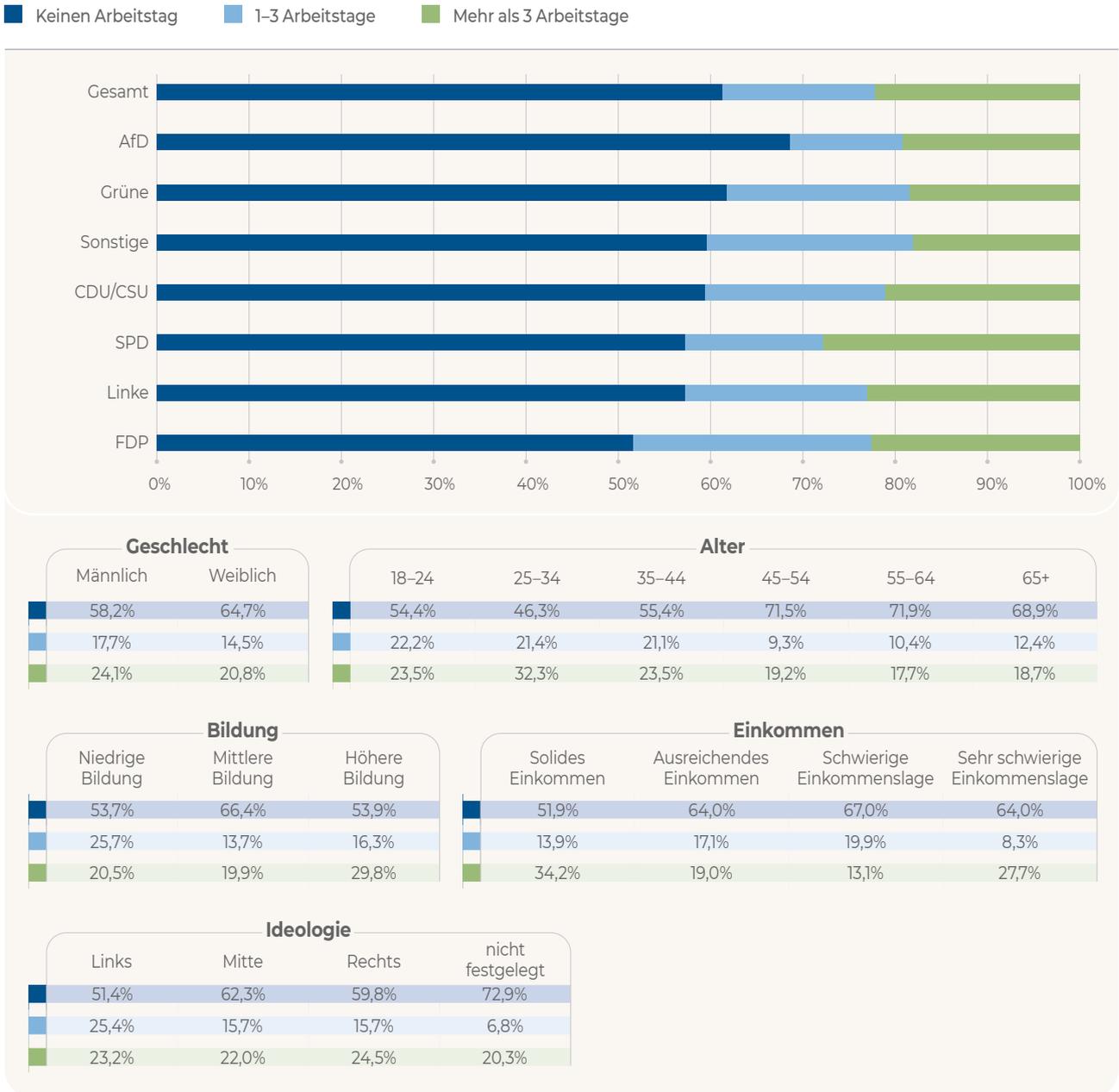
	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
sehr verbessert	9,6%	2,5%	3,5%	4,9%
etwas verbessert	19,7%	17,5%	16,9%	19,1%
gleich bleibt	48,6%	48,4%	46,5%	45,8%
verschlechtert	18,1%	23,2%	21,5%	18,2%
massiv verschlechtert	4,0%	8,3%	11,6%	12,0%

Arbeiten von zu Hause aus

Die Mehrheit aller Wählergruppen mit Ausnahme der FDP-Wähler hat zum Zeitpunkt der Datenerhebung – November 2020/2021 – in der Vorwoche nicht von zu Hause aus gearbeitet. FDP-Wähler*innen arbeiteten am seltensten von zu Hause aus, während die Wählerschaft von

Linkspartei, SPD- und CDU/CSU die meiste Zeit im Homeoffice verbrachte. Männer, jüngere Befragte (18 bis 34 Jahre), Personen mit hohem Einkommen und hohem Bildungsniveau arbeiteten häufiger von zu Hause aus als andere Gruppen.

Abbildung 21 / Q9 – »Wie häufig haben Sie in der letzten Woche von zu Hause aus gearbeitet?«



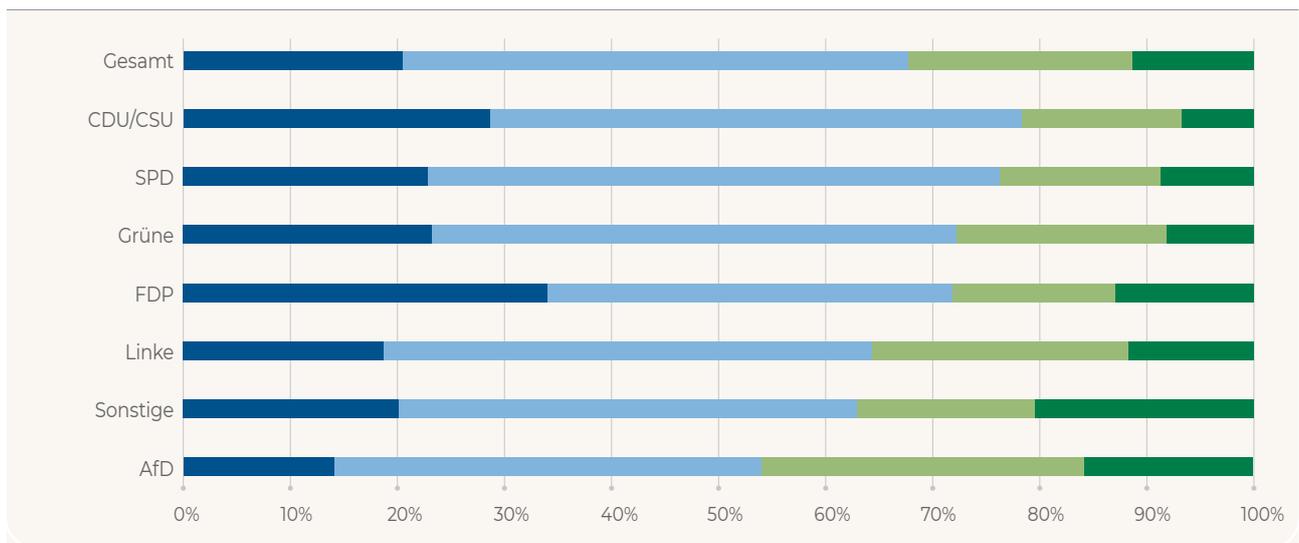
Einkommensverhältnisse

Die Mehrheit der deutschen Bürger*innen (67,9 Prozent) lebt nach eigenen Angaben zufriedenstellend bzw. kommt mit ihrem Einkommen gut aus. Die Wählergruppen, die die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben, sind die Wähler*innen der AfD und der kleineren Parteien, während die Wählerschaft von CDU/CSU, SPD und FDP größtenteils angibt, dass es ihr wirtschaftlich gut geht.

Abbildung 22 / Q12 – Einkommensverhältnisse

Welche dieser Einschätzungen trifft am ehesten auf Ihr momentanes Haushaltseinkommen zu?

■ Solides Einkommen ■ Ausreichendes Einkommen ■ Schwierige Einkommenslage ■ Sehr schwierige Einkommenslage



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Solides Einkommen	22,9%	18,5%
Ausreichendes Einkommen	46,1%	48,2%
Schwierige Einkommenslage	18,6%	23,3%
Sehr schwierige Einkommenslage	12,4%	10,1%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Solides Einkommen	36,9%	27,1%	22,1%	12,6%	14,6%	20,3%
Ausreichendes Einkommen	38,8%	35,1%	43,9%	52,3%	47,7%	54,3%
Schwierige Einkommenslage	17,5%	25,0%	21,1%	22,7%	24,3%	16,3%
Sehr schwierige Einkommenslage	6,9%	12,7%	12,9%	12,3%	13,3%	9,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Solides Einkommen	21,8%	17,6%	26,0%
Ausreichendes Einkommen	40,7%	46,0%	54,0%
Schwierige Einkommenslage	21,2%	23,9%	15,1%
Sehr schwierige Einkommenslage	16,3%	12,6%	5,0%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
Solides Einkommen	27,0%	19,8%	18,3%	16,6%
Ausreichendes Einkommen	46,4%	46,3%	50,4%	46,7%
Schwierige Einkommenslage	17,4%	22,8%	18,6%	23,5%
Sehr schwierige Einkommenslage	9,2%	11,1%	12,7%	13,2%

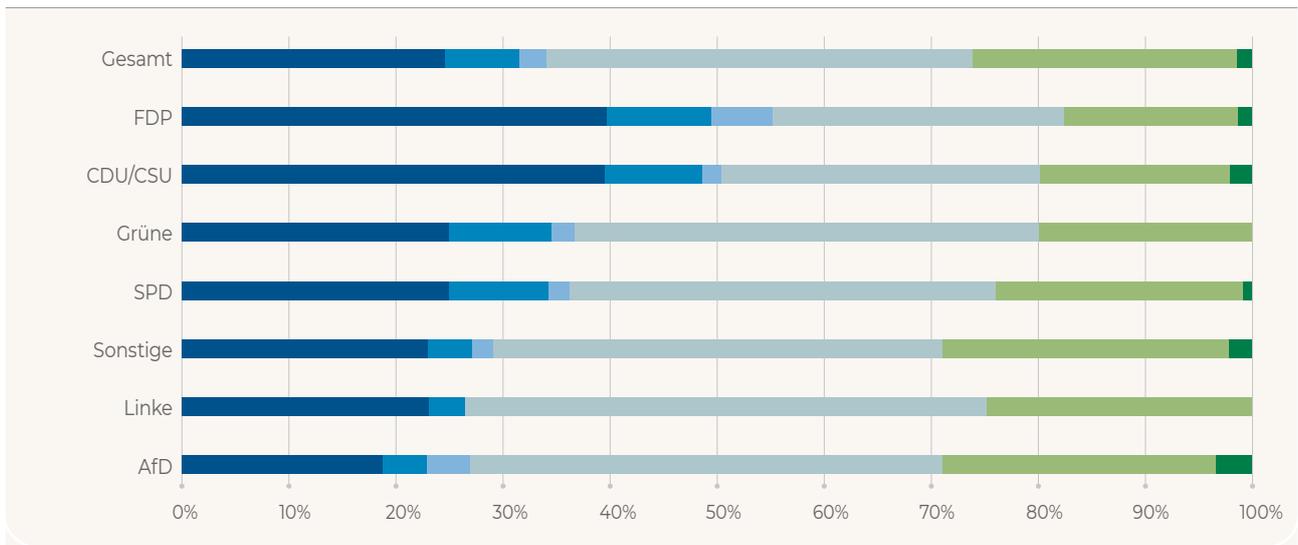
Wohneigentum

Bezüglich des Wohneigentums ist der Anteil der Eigenheimbesitzer bei den Mitte-Rechts-Wählern von CDU/CSU und FDP deutlich höher als in anderen Wählergruppen. Dennoch wohnen mehr als 50 Prozent aller Wählergruppen zur Miete, entweder bei einem privaten Vermieter, einer Wohnungsgenossenschaft oder einer Wohnungsbau-gesellschaft. Während mehr Männer als Frauen Wohneigentum besitzen, ist der Anteil der Wohneigentümer bei den Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren überraschend

deutlich höher als bei den 25- bis 64-Jährigen. Der Bildungsgrad korreliert eindeutig mit dem Wohneigentum. So besitzen Personen mit höherem Bildungsniveau sehr viel häufiger Wohneigentum als andere Bildungsschichten. Auch das Einkommen spielt eine Rolle: Je höher das Einkommen, desto wahrscheinlicher ist das Wohneigentum. In Bezug auf die Weltanschauung gibt es keine wesentlichen Unterschiede. Lediglich bei den ideologisch nicht festgelegten Befragten ist der Anteil der Wohneigentumsbesitzer geringer als in anderen Wählergruppen.

Abbildung 23 / Q12B – Wohneigentum

- Besitz eines Eigenheims
- Wohnungsbaugesellschaft als Vermieter
- Wohnungsgenossenschaft als Vermieter
- Besitz eines nicht abbezahlten Eigenheims
- Privater Vermieter
- Andere Wohnformen



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	27,9%	21,6%
■	6,8%	6,4%
■	2,7%	2,5%
■	39,9%	40,7%
■	22,1%	27,6%
■	0,6%	1,2%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
■	35,4%	23,1%	13,5%	12,2%	24,5%	38,2%
■	5,2%	2,1%	5,3%	10,5%	6,7%	7,6%
■	6,3%	5,6%	0,6%	1,1%	3,1%	1,2%
■	34,4%	39,2%	51,5%	49,7%	38,7%	30,1%
■	17,7%	30,1%	29,2%	26,0%	24,5%	21,3%
■	1,0%	-	-	0,6%	2,5%	1,6%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	20,9%	18,6%	39,8%
■	7,9%	5,6%	7,7%
■	2,1%	3,6%	1,1%
■	34,0%	45,5%	33,0%
■	35,1%	25,2%	18,0%
■	-	1,5%	0,4%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	47,6%	23,3%	21,2%	6,7%
■	6,4%	8,9%	5,4%	2,2%
■	2,1%	3,2%	1,6%	1,1%
■	28,3%	40,7%	43,5%	52,2%
■	15,0%	23,3%	27,2%	34,4%
■	0,5%	0,5%	1,1%	3,3%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
■	29,6%	25,7%	26,9%	16,5%
■	8,8%	9,2%	4,7%	2,4%
■	1,6%	2,8%	2,3%	3,5%
■	42,8%	36,7%	39,8%	43,3%
■	16,8%	25,1%	24,6%	33,1%
■	0,4%	0,6%	1,8%	1,2%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 3

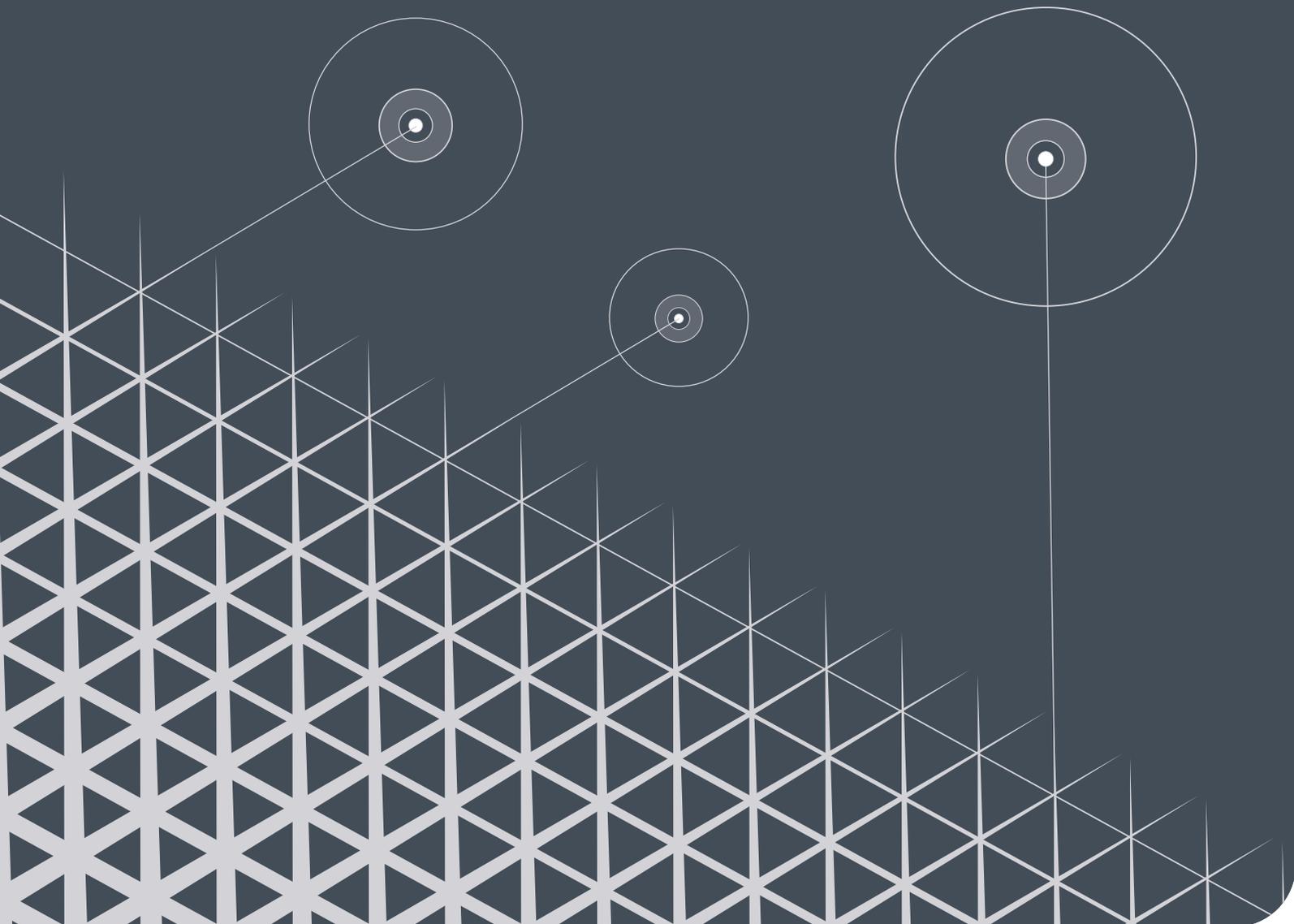
- Die überwiegende Mehrheit der Deutschen gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage von 2020 bis 2021 unverändert blieb oder besser geworden ist. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, deren wirtschaftliche Lage sich nach eigener Wahrnehmung verschlechtert hat, bei AfD-Wähler*innen sowie Befragten mit Einkommensproblemen.
- Die meisten Deutschen beurteilen die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr (2022) positiv. Die Wähler*innen der FDP und SPD, jüngere und weniger gebildete Befragte haben die positivsten, die Wählerschaft der AfD und Menschen in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage die negativsten Wirtschaftserwartungen.
- In Bezug auf das Einkommen geben fast 70 Prozent der Deutschen an, dass sie mit ihrem derzeitigen Einkommen gut oder zumindest ausreichend leben können. CDU/CSU- und SPD-Wähler*innen sind die wirtschaftlich am besten gestellten Wählergruppen, ebenso wie jüngere und Befragte aus dem linken Spektrum. In der Wählerschaft der AfD und kleinerer Parteien ist der Anteil der Menschen mit schwieriger Einkommenslage am höchsten.
- Mitte-Rechts-Wähler*innen sowie Anhänger*innen von CDU/CSU und FDP besitzen im Vergleich zu anderen Wählergruppen sehr viel häufiger abbezahltes Wohneigentum.
- Auch das Einkommen ist ein Prädiktor für Wohneigentum: Je höher das Einkommen einer Person, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein Eigenheim besitzt.





KAPITEL 4

DER WUNSCH NACH EINER STÄRKEREN ROLLE DES STAATES



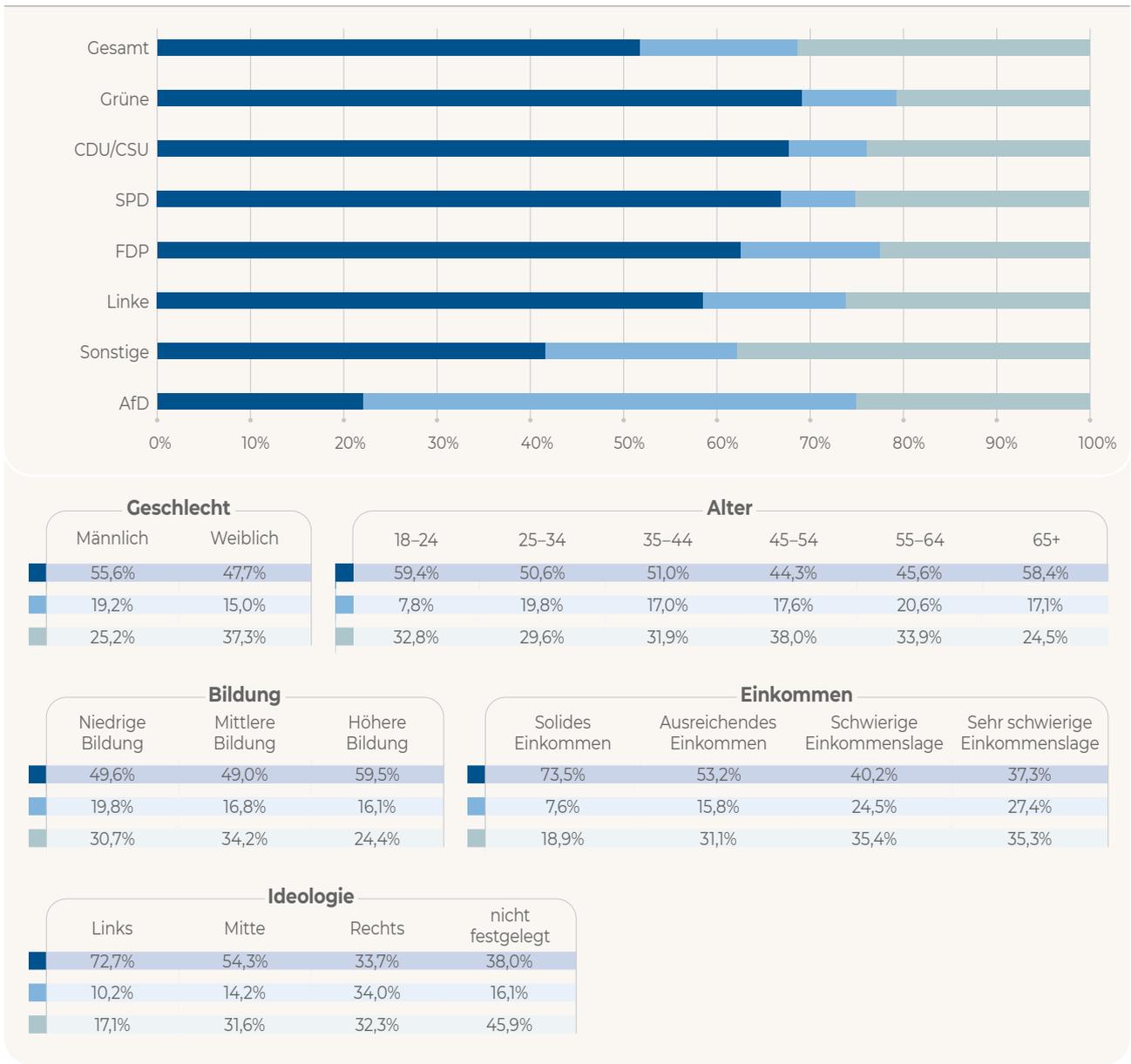
Bewertung der EU-Mitgliedschaft

Etwas mehr als die Hälfte der deutschen Befragten sieht die EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv, während nur 17,1 Prozent die EU-Mitgliedschaft negativ bewerten. Die Ergebnisse unterscheiden sich je nach Wahlverhalten, wobei CDU/CSU-, Grüne- und SPD-Wähler*innen die EU-Mitgliedschaft Deutschlands überwiegend positiv bewerten, während bei der AfD-Wählerschaft und den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Deutschlands kritisch sehen, am größten ist. Was die demografische Zusammensetzung der Befragten anbelangt, ist der Anteil derjenigen, die Deutschlands EU-Mitgliedschaft negativ bewerten, bei Männern, älteren Befragten, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Personen mit Einkommensproblemen und Befragten aus dem rechten Spektrum am größten.

er Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Deutschlands kritisch sehen, am größten ist. Was die demografische Zusammensetzung der Befragten anbelangt, ist der Anteil derjenigen, die Deutschlands EU-Mitgliedschaft negativ bewerten, bei Männern, älteren Befragten, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Personen mit Einkommensproblemen und Befragten aus dem rechten Spektrum am größten.

Abbildung 24 / Q20 – EU-Mitgliedschaft

Wie sehen Sie die grundsätzlich die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes?
 ■ Positiv ■ Negativ ■ Weder gut noch schlecht



Staatliche Wirtschaftsregulierung

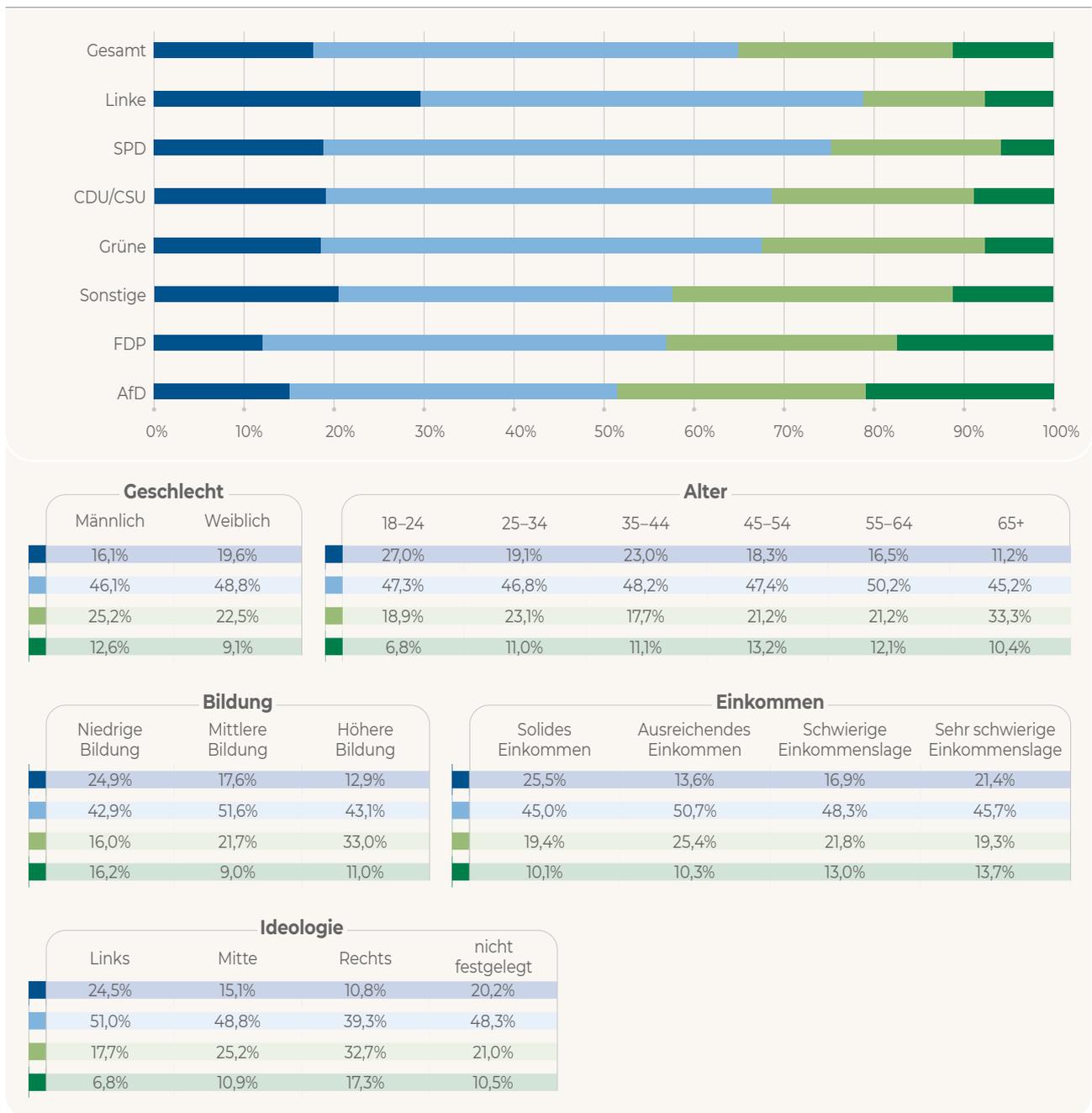
Was für die (gemäßigte) Linke eine gute Nachricht sein dürfte, ist die Tatsache, dass eine klare Mehrheit von 65 Prozent der deutschen Befragten eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat befürwortet. Wähler*innen der Linkspartei nehmen am entschiedensten diesen Standpunkt ein; an zweiter Stelle folgen die SPD-Wähler*innen, gefolgt von CDU/CSU- und Grünen-Wähler*innen. Sogar ei-

ne dünne Mehrheit der AfD- und FDP-Wählerschaft stimmt dieser Auffassung zu. Die gegenteilige Meinung ist am stärksten vertreten bei Männern der älteren Generation und Befragten mit höherem Bildungsniveau. Erwartungsgemäß am wenigsten verbreitet ist die Meinung, die Wirtschaft müsse stärker staatlich reguliert werden, bei den Personen mit höherem Einkommen und den politisch rechts Stehenden.

Abbildung 25 / Q41C – Staatliche Wirtschaftsregulierung

»Die Wirtschaft sollte stärker staatlich reguliert werden«

■ Stimme absolut zu ■ Stimme zu ■ Stimme nicht zu ■ Stimme absolut nicht zu



Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

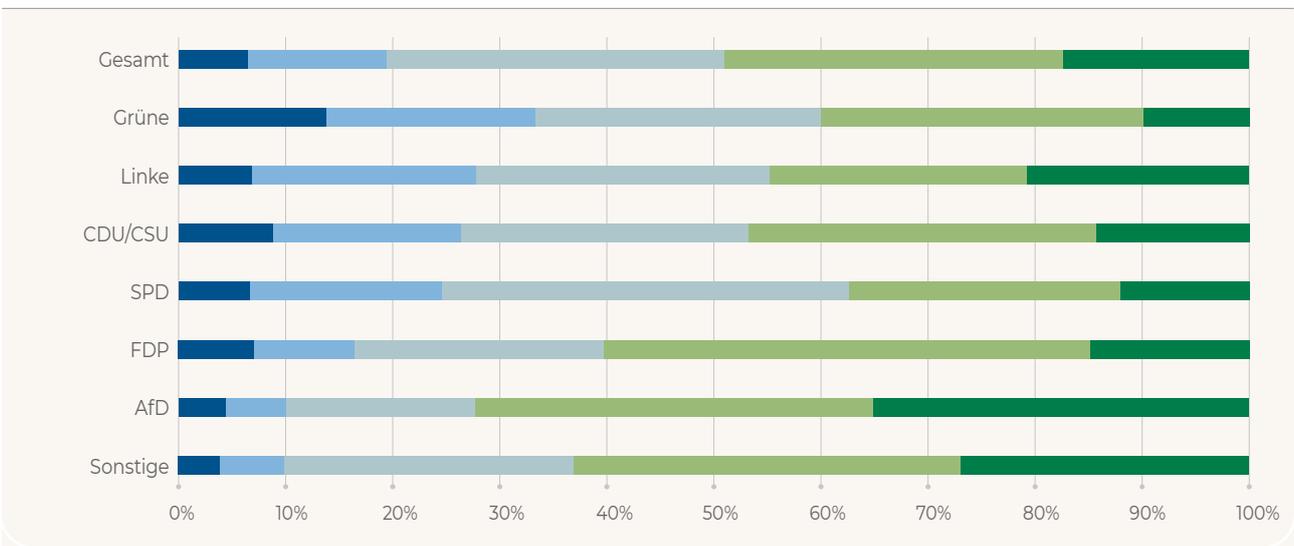
Beim Thema »Misstrauen gegenüber der Wissenschaft« – eine weit verbreitete Einstellung bei Bürger*innen, die dem Umgang mit der Corona-Pandemie kritisch gegenüberstehen – lässt sich eine deutliche Tendenz erkennen: Mehr als 49 Prozent der Befragten teilen die Ansicht, dass »die Menschen nicht erkennen, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«, während nur 19,3 Prozent der Befragten nicht dieser Meinung ist. Der Anteil der Befragten, die dieser Ansicht zustimmen, ist in allen Wählergruppen größer als der Anteil derer, die ihr nicht zu-

stimmen. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Aussage bei den Wähler*innen der AfD und der FDP und am geringsten in der Wählerschaft von SPD und Grünen. Am größten ist der Anteil derjenigen, die davon überzeugt sind, dass die Wissenschaft mehr Fehler aufweist, als den Menschen bewusst ist, bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, mit geringerem Einkommen und Personen, die sich politisch rechts verorten, wobei der Grad der Zustimmung in allen demografischen Gruppen annähernd identisch ist.

Abbildung 26 / Q53 – Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

»Die Menschen erkennen nicht, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«

■ Stimme absolut nicht zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Weder noch ■ Stimme eher zu ■ Stimme absolut zu



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Stimme absolut nicht zu	6,2%	6,5%
Stimme eher nicht zu	14,4%	11,0%
Weder noch	28,2%	35,2%
Stimme eher zu	33,7%	30,1%
Stimme absolut zu	17,5%	17,2%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Stimme absolut nicht zu	4,0%	5,8%	4,2%	5,6%	9,2%	7,6%
Stimme eher nicht zu	16,5%	10,4%	10,2%	10,8%	11,5%	16,6%
Weder noch	29,1%	31,5%	28,1%	33,8%	31,3%	34,0%
Stimme eher zu	30,9%	32,2%	36,4%	27,5%	36,1%	29,5%
Stimme absolut zu	19,5%	20,1%	21,1%	22,4%	11,8%	12,3%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Stimme absolut nicht zu	8,3%	5,3%	6,7%
Stimme eher nicht zu	7,9%	12,6%	17,1%
Weder noch	27,0%	31,6%	34,2%
Stimme eher zu	40,4%	30,2%	29,3%
Stimme absolut zu	16,4%	20,2%	12,7%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Stimme absolut nicht zu	8,7%	5,2%	7,6%	5,1%
Stimme eher nicht zu	17,3%	14,3%	9,9%	7,3%
Weder noch	22,0%	34,8%	28,2%	24,4%
Stimme eher zu	31,5%	32,1%	37,2%	34,4%
Stimme absolut zu	20,5%	13,6%	17,2%	28,7%

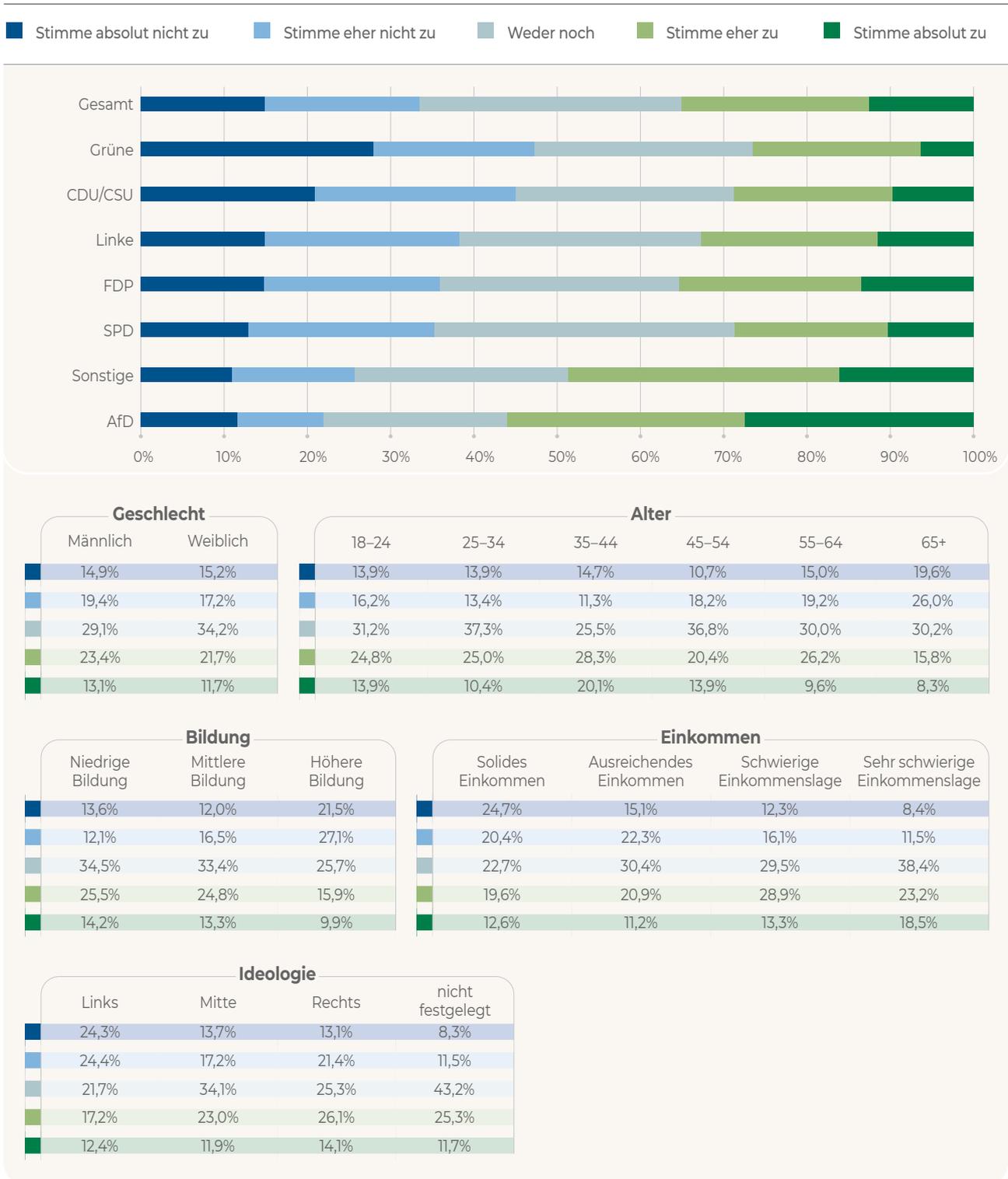
Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
Stimme absolut nicht zu	10,0%	6,5%	4,3%	3,9%
Stimme eher nicht zu	19,3%	12,9%	11,8%	6,7%
Weder noch	26,5%	32,5%	27,5%	38,8%
Stimme eher zu	30,9%	31,0%	32,8%	33,3%
Stimme absolut zu	13,3%	17,0%	23,6%	17,2%

Viele Befragte sind zudem besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen, obwohl der Anteil hier nicht sehr hoch ist – 36 Prozent teilen diese Sorge; 33,5 Prozent teilen sie nicht; 31,6 Prozent stehen dieser Aussage neutral gegenüber. Die Wählerschaft der AfD, der FDP und der kleineren Parteien machen sich mehr Sorgen über den Einfluss der Wissenschaft auf die Gesellschaft, während sich die Wähler*innen von Grünen, SPD und CDU/CSU die wenigsten Sorgen darüber machen. Im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ruft dieses Thema bei den jüngeren Befragten, den Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau, bei Menschen in wirtschaftlich prekären Verhältnissen, ideologisch nicht festgelegten Menschen und politisch rechts Stehenden die größte Besorgnis hervor.

ler*innen von Grünen, SPD und CDU/CSU die wenigsten Sorgen darüber machen. Im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ruft dieses Thema bei den jüngeren Befragten, den Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau, bei Menschen in wirtschaftlich prekären Verhältnissen, ideologisch nicht festgelegten Menschen und politisch rechts Stehenden die größte Besorgnis hervor.

Abbildung 27 / Q53 – »Ich bin besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen«

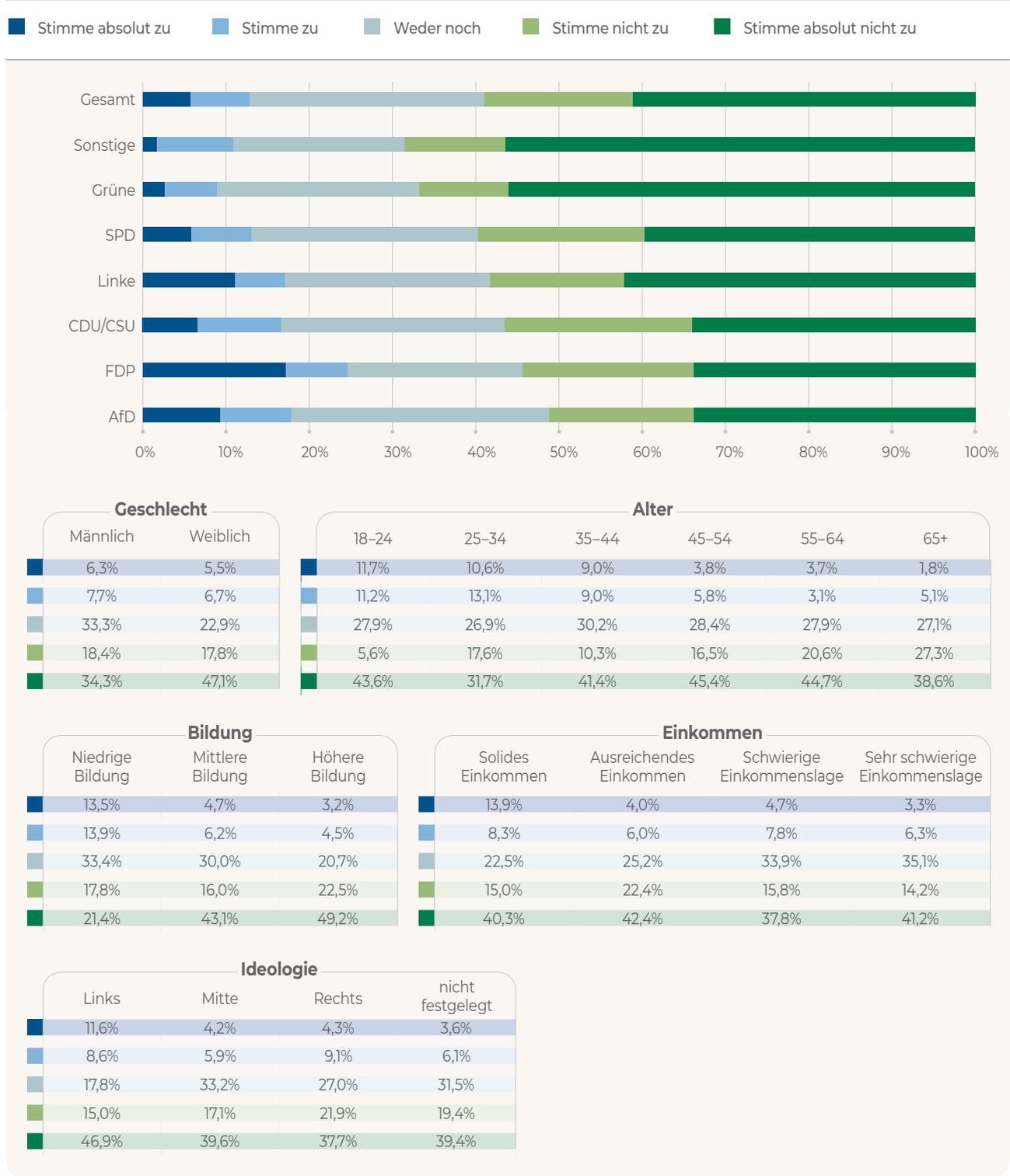


Zur Geschlechterungleichheit

Der Vorschlag, sich bei Arbeitsplatzknappheit wieder auf traditionelle Geschlechterrollen zu besinnen und der Erwerbstätigkeit von Männern den Vorrang zu geben, stimmt eine überwältigende Mehrheit in der deutschen Öffentlichkeit nicht zu. 59,9 Prozent der Befragten lehnen ihn (entschieden) ab. Wähler*innen der rechten AfD-Partei und der FDP sind am häufigsten dafür, dass Männer bei der Erwerbstätigkeit Vorrang vor Frauen haben sollten. In

Bezug auf die demografische Zusammensetzung der Befragten findet diese Ansicht die größte Zustimmung bei Männern, Personen jüngeren und mittleren Alters und Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau. Was vor dem Hintergrund ihrer politischen Orientierung interessant ist, ist die Tatsache, dass die Wähler*innen der Linkspartei in dieser Frage offenbar deutlich gespalten sind: Ein relativ hoher Anteil stimmt dem Vorschlag entschieden zu, während ein relativ hoher Anteil ihn entschieden ablehnt.

Abbildung 28 / Q64 – »Bei Arbeitsplatzknappheit sollten Männer gegenüber Frauen ein Vorrangrecht auf Arbeit haben«



Zustimmung zur Einwanderung, Meinungsbild zum Klimawandel, zum Populismus und zum Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«

Zum Themenkomplex »Zustimmung zur Einwanderung« wurden die Teilnehmenden der Umfrage auf zwei separaten Skalen gefragt, ob Einwanderer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern und es kulturell bereichern. Der Index zum Vertrauen in die Institutionen besteht aus 6 Einzelfragen, die abklären sollen, inwieweit die Befragten verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen (siehe Kapitel zur Methodik). Die Durchschnittswerte zahlreicher Befragtengruppen werden in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt.

Am höchsten ist der Anteil der Einwanderungsbefürworter bei den Befragten aus dem linken ideologischen Spektrum, den Wähler*innen der Grünen, der CDU/CSU, der Linkspartei und der SPD sowie den einkommenstärksten Befragten. Hingegen sind AfD-Wähler*innen, Befragte aus dem rechten Spektrum und diejenigen, die finanziell am schwersten über die Runden kommen, am wenigsten einwanderungsfreundlich eingestellt. Daraus lässt sich schließen, dass die Bürger*innen in der prekärsten wirtschaftlichen Lage sich durch die Zuwanderung am stärksten bedroht fühlen.

Abbildung 29 – Unterstützung für Einwanderung



Wie die obige Graphik zeigt, ist eine Mehrheit der deutschen Bürger*innen sehr besorgt über die Folgen des Klimawandels für künftige Generationen. Alle Befragten Gruppen einschließlich der AfD-Wählerschaft liegen auf der Bewertungsskala zur Sorge um den Klimawandel über dem Durchschnitt. Erwartungsgemäß machen die Wähler*innen der Grünen sich die größten Sorgen

über den Klimawandel, ebenso wie die Wählerschaft anderer linker Parteien und der CDU/CSU. Befragte des rechten Spektrums, AfD-Wähler*innen, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind über den Klimawandel am wenigsten besorgt.

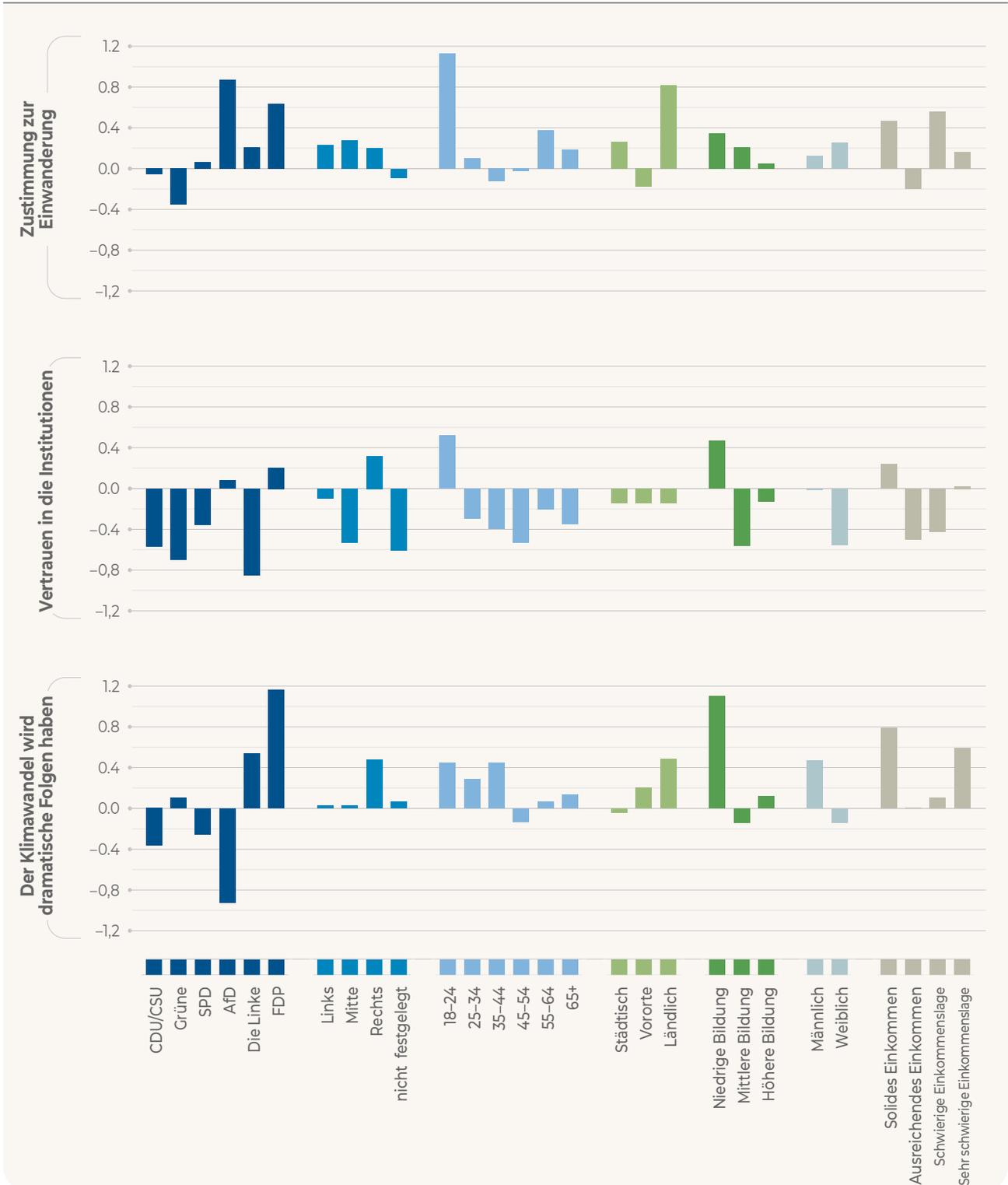
Abbildung 30 – Auswirkungen des Klimawandels



Nimmt man die Veränderungen im zeitlichen Verlauf in den Blick, so zeigt sich, dass in den meisten Wählergruppen die Sorge über den Klimawandel inzwischen zunimmt, wobei ein deutlicher Anstieg bei den 18- bis 24-Jährigen und den Wähler*innen in ländlichen Gebieten zu verzeichnen ist. Andererseits ist das Vertrauen in die Institutionen bei allen befragten Gruppen gesunken,

einschließlich der Wählerschaft von CDU/CSU, Grünen und insbesondere der Linken. Bei der Frage, wie sich die Zustimmung zur Zuwanderung verändert hat, zeigt sich ein gemischtes Bild: insbesondere bei der Wählerschaft der FDP und bei den Befragten mit geringerem Bildungsniveau wächst die Zustimmung, während sie bei AfD-Wähler*innen weiter abnimmt.

Abbildung 31



Ein erheblicher Teil der deutschen Befragten glaubt an mindestens eine Verschwörungstheorie, wie die hohen Durchschnittswerte (mehr als 5 von 10) des Verschwörungsindezes in allen Befragtengruppen zeigen. Eine Ausnahme bildet hier nur die CDU/CSU-Wählerschaft. Es überrascht nicht, dass AfD-Wähler*innen für Verschwörungsthesen am anfälligsten sind, ebenso wie Befragte

mit schwieriger Einkommenslage, ideologisch nicht festgelegte oder politisch rechts Stehende sowie die Wählerschaft im ländlichen Raum. Im Gegensatz dazu sind Wähler*innen der Linken und der etablierten Parteien sowie diejenigen, die mit ihrem Einkommen zufrieden sind, weniger anfällig für Verschwörungstheorien.

Abbildung 32 – Glaube an Verschwörungstheorien



Beim Thema Populismus – als Gradmesser wurden hier die anti-elitären Ressentiments herangezogen – zeigt sich, dass Wähler*innen von AfD und Linkspartei sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage, Befragte mit rechtsextremer Orientierung und die 35- bis 44-Jährigen zu den für Populismus empfänglichsten Befragten gehören. Die Wählerschaft von CDU/CSU, SPD und Grünen sowie die finanziell Bessergestellten sind die für Populismus am wenigsten anfälligen demografischen Gruppen in Deutschland. Überraschender-

weise sind Befragte mit niedrigerem Bildungsstand weniger populistisch eingestellt als Befragte mit höherem Bildungsstand. Am geringsten ist die Neigung zu populistischen Einstellungen und Befragten bei den ideologisch nicht festgelegten Befragten. Obwohl dies ein kontraintuitives Ergebnis ist, liegen die Unterschiede zwischen den drei Bildungsgruppen unter 0,2, was darauf hindeutet, dass in Deutschland das Bildungsniveau kein aussagekräftiger Prädiktor für Populismusanfälligkeit ist.

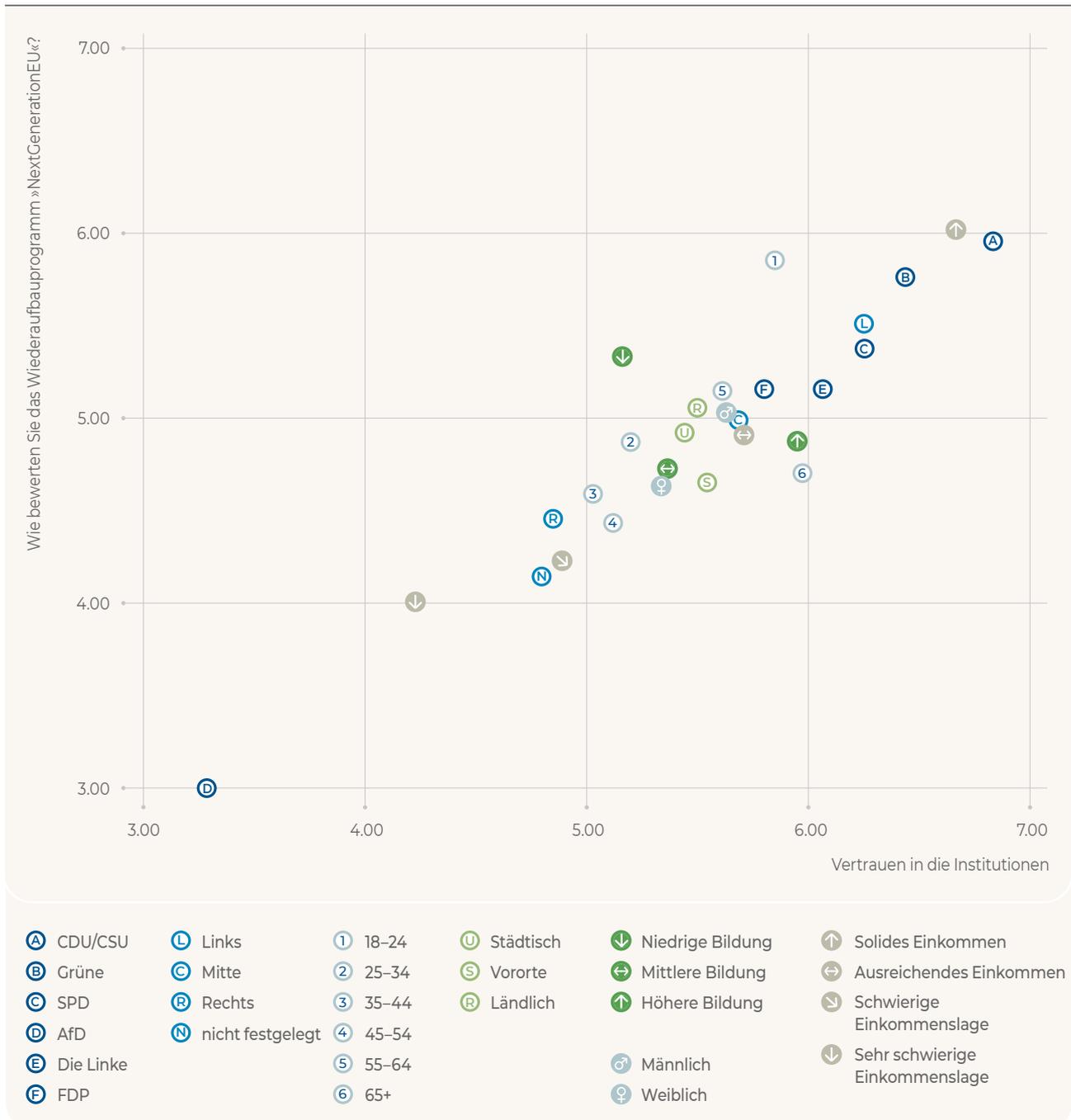
Abbildung 33 – Populismusanhänger



Das Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«, das von der Europäischen Kommission als Strategie für die Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie entwickelt wurde, findet in der deutschen Öffentlichkeit mäßige Zustimmung. Am höchsten ist die Zustimmung bei CDU/CSU-, SPD- und Grüne-Wähler*innen, bei politisch links stehenden und bei einkommensstarken Personen. Am geringsten ist die Zustimmung hingegen bei AfD-Wähler*innen, Befragten aus dem rechten Spektrum,

ideologisch nicht festgelegten Personen und Menschen, die wirtschaftliche Probleme haben. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass wirtschaftlich schwache Gruppen befürchten, der sozioökonomische Wandel könnte sich negativ auf ihr Leben auswirken. Naheliegenderweise ist bei den Befragtengruppen, die eine ablehnende Haltung zu den etablierten Parteien haben, die Wahrscheinlichkeit, dass sie EU-weiten Programmen zustimmen, am niedrigsten.

Abbildung 34 – Unterstützung für NextGenerationEU-Plan



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 4

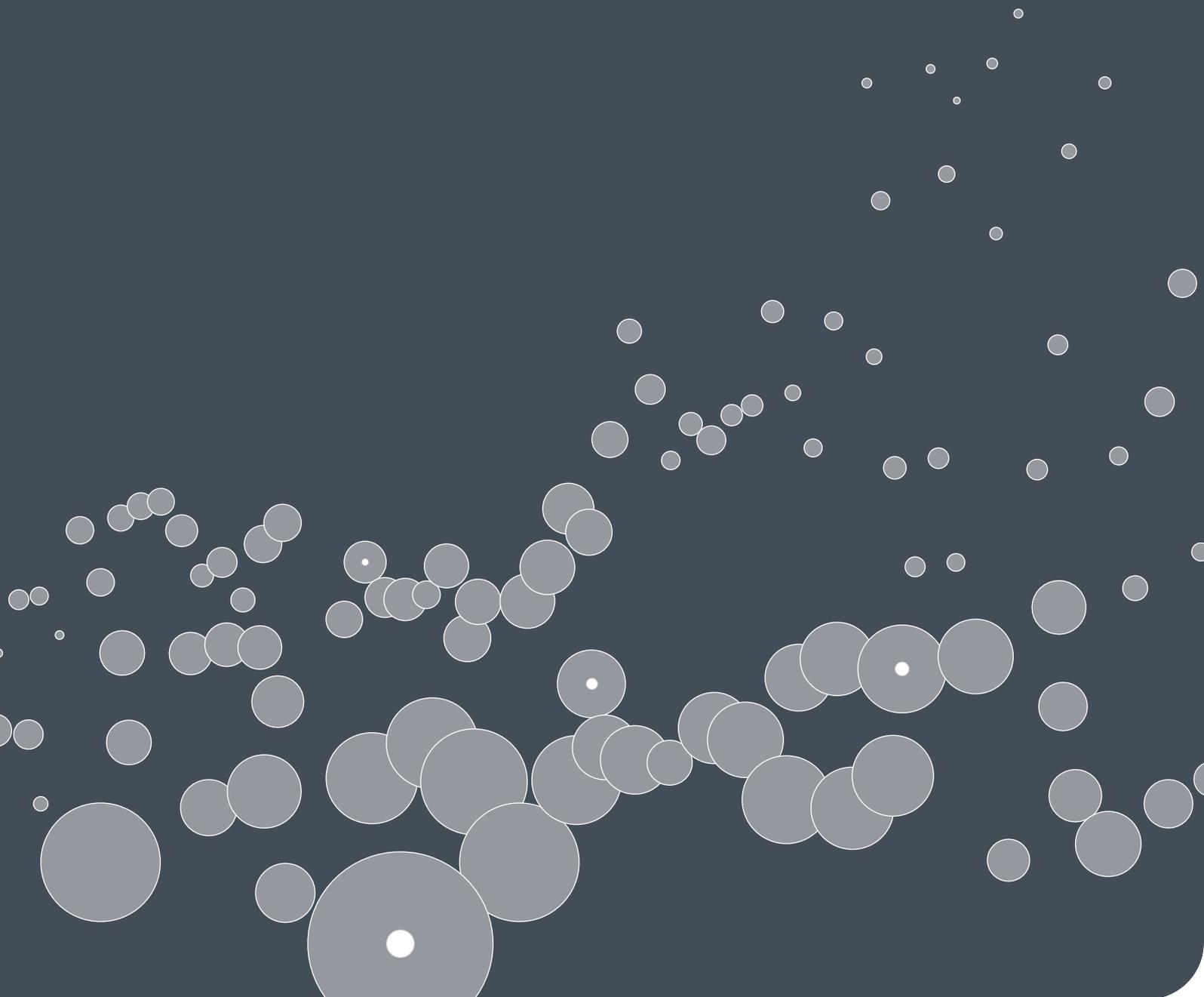
- Obwohl relativ wenige Deutsche die EU-Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten, gibt es einen beträchtlichen Anteil von Befragten, die der EU gegenüber ambivalent eingestellt sind. CDU/CSU-, Grüne- und SPD-Wähler*innen stehen der deutschen EU-Mitgliedschaft überwiegend positiv gegenüber, während der Anteil derjenigen, die die deutsche EU-Mitgliedschaft negativ bewerten, bei AfD-Wähler*innen und Anhänger*innen kleinerer Parteien am höchsten ist.
- Eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent der deutschen Befragten ist der Meinung, dass der Staat die Wirtschaft stärker regulieren sollte. Selbst bei FDP- und AfD-Wähler*innen liegt der Anteil derer, die dem zustimmen, bei über 50 Prozent.
- Die Umfrageergebnisse lassen erkennen, dass das Misstrauen gegenüber der Wissenschaft in der Gesellschaft beunruhigend weit verbreitet ist. Am größten ist das Misstrauen bei Wähler*innen von AfD, FDP und kleineren Parteien, während die Wählerschaft von den Grünen, SPD und CDU/CSU der Wissenschaft am positivsten gegenübersteht.
- Nur sehr wenige Deutsche sind der Ansicht, dass Männer in Zeiten knapper Arbeitsplätze den Vorrang bei der Erwerbstätigkeit haben sollten. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Ansicht bei AfD- und FDP-Wähler*innen sowie bei Männern, Befragten mittleren Alters und jüngeren und weniger gebildeten Personen.
- Parteipräferenz, Alter und Einkommenssituation sind die aussagekräftigsten Prädiktoren für die Zustimmung zur Einwanderung, wobei Wähler*innen linker Parteien, wohlhabendere und jüngere Befragte die positivste Einstellung gegenüber Einwanderern haben. Am stärksten ausgeprägt ist die ablehnende Haltung gegenüber Einwanderung hingegen bei den Befragten aus dem rechten Spektrum und Menschen mit schwieriger Einkommenslage.
- Alle Befragten sind zumindest in gewissem Ausmaß besorgt über den Klimawandel – selbst diejenigen, die den menschlichen Einfluss auf das Klima traditionell bezweifeln wie z. B. die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen aus dem rechten Spektrum. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die Bürgerinnen und Bürger Maßnahmen gegen den Klimawandel akzeptieren, die sich unmittelbar nachteilig auf ihre wirtschaftliche Situation auswirken, wie etwa steigende Energiepreise.
- Der Verschwörungsglaube – nach einem Index mit nicht auf die Pandemie bezogenen Fragen – ist unter AfD-Wähler*innen am weitesten verbreitet – in ausnehmend hoher Abweichung vom Rest der Befragten. Befragte mit Einkommensproblemen sowie politisch rechts stehende oder ideologisch nicht festgelegte Befragte sind ebenfalls anfällig für Verschwörungsglauben, was auf die insgesamt grundsätzlich misstrauische Weltansicht vieler Befragter in diesen demografischen Gruppen hindeutet. CDU/CSU-Wähler*innen sowie Befragte aus dem linken Spektrum glauben am wenigsten an Verschwörungstheorien.
- Die am stärksten für Populismus anfälligen Befragtengruppen sind die Wählerschaft von AfD- und der Linken sowie Befragte mit Einkommensproblemen und politisch rechts stehende. CDU/CSU-, SPD- und Grünen-Wähler*innen bilden die am wenigsten populistisanfälligen Wählergruppen in Deutschland.
- Das Programm »NextGenerationEU« stößt eindeutig bei den Wähler*innen der Parteien der Mitte und des linken Spektrums auf die größte Zustimmung, während die AfD-Wählerschaft und politisch rechts stehende oder ideologisch nicht festgelegte Befragte das Maßnahmenpaket eher negativ bewerten.





KAPITEL 5

STABILE PRÄFERENZEN BEI DEN EUROPAWAHLEN



Politische Ideologie

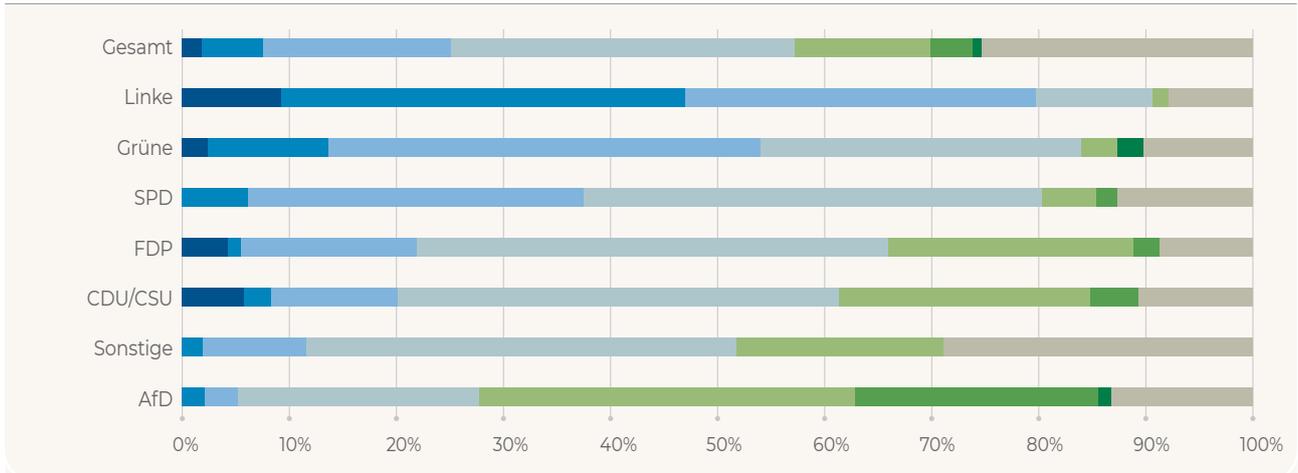
Im Vergleich zwischen politischer Orientierung und Parteienwahl zeigt sich ein sehr logisches und konsistentes Muster. Drei Viertel der politisch links Orientierten sehen sich selbst als Mitte-Links, während der entsprechende Anteil auf der rechten Seite des Spektrums drei von vier Wähler*innen beträgt. Offensichtlich verstehen die Deutschen sich in ihrer großen Mehrheit als gemäßigte Mitte.

Dies steht in krassem Gegensatz zum vorherrschenden politischen Diskurs, der oft von Extrempositionen dominiert wird, die jedoch ganz offensichtlich nur von einer Minderheit vertreten werden. Tatsächlich ordnet der größte Teil der deutschen Befragten – 35,6 Prozent – sich selbst der politischen Mitte zu. Nur ein Bruchteil der deutschen Wähler*innen positioniert sich selbst an den politischen Rändern.

Abbildung 35 / Q71 – Politische Ideologie

Welche der folgenden Zuschreibungen beschreibt am treffendsten Ihre politische Einstellung?

Radikal links Links Mitte-links Mitte Mitte-rechts Rechts Radikal rechts Nichts von allem



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Radikal links	1,8%	1,6%
Links	6,9%	4,7%
Mitte-links	19,0%	13,4%
Mitte	35,8%	32,4%
Mitte-rechts	15,5%	9,1%
Rechts	5,1%	3,1%
Radikal rechts	0,6%	0,4%
Nichts von allem	15,5%	35,2%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Radikal links	7,3%	2,8%	1,5%	0,5%	0,6%	0,6%
Links	7,8%	7,0%	8,8%	3,6%	3,7%	5,4%
Mitte-links	19,7%	9,4%	16,2%	12,1%	14,2%	21,8%
Mitte	30,6%	28,7%	30,0%	37,0%	41,2%	33,6%
Mitte-rechts	3,1%	14,3%	11,2%	12,9%	10,5%	15,8%
Rechts	4,1%	5,2%	4,1%	4,7%	3,7%	2,8%
Radikal rechts	2,1%	1,4%	1,2%	0,5%	0,6%	0,6%
Nichts von allem	25,4%	31,1%	27,1%	28,6%	25,5%	19,4%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Radikal links	6,3%	0,6%	0,8%
Links	3,9%	6,3%	6,4%
Mitte-links	14,3%	13,4%	23,1%
Mitte	27,9%	36,9%	35,1%
Mitte-rechts	9,4%	11,6%	15,7%
Rechts	5,2%	3,9%	3,9%
Radikal rechts	5,2%	0,7%	0,8%
Nichts von allem	33,1%	26,6%	14,4%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Radikal links	5,9%	1,2%	0,5%	-
Links	7,0%	5,3%	7,0%	5,3%
Mitte-links	19,8%	18,0%	13,7%	13,8%
Mitte	33,1%	34,1%	37,3%	34,5%
Mitte-rechts	12,7%	14,3%	10,2%	13,7%
Rechts	2,2%	4,1%	5,1%	3,9%
Radikal rechts	0,8%	0,7%	0,5%	1,4%
Nichts von allem	18,4%	22,3%	25,8%	27,3%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
Radikal links	7,2%	-	-	-
Links	24,7%	-	-	-
Mitte-links	68,1%	-	-	-
Mitte	-	100,0%	-	-
Mitte-rechts	-	-	73,2%	-
Rechts	-	-	24,2%	-
Radikal rechts	-	-	2,7%	-
Nichts von allem	-	-	-	100,0%

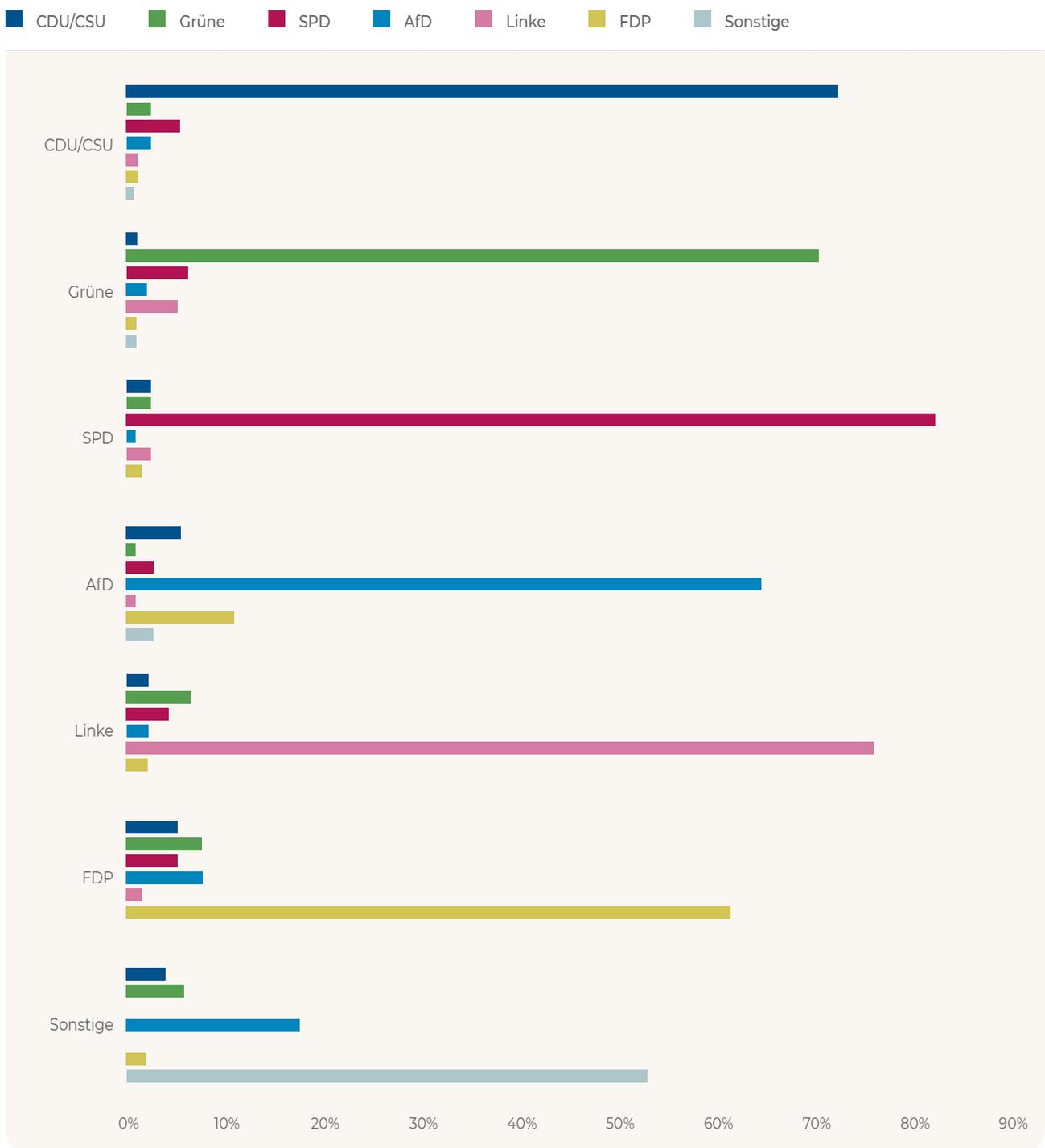
Diejenigen, die sich der radikalen Linken zurechnen, sind vor allem in der Wählerschaft der Partei Die Linke zu finden: nur sehr wenige von ihnen fühlen sich den Grünen und der SPD verbunden. Tatsächlich versteht sich die Wählerschaft von SPD und Grünen mehrheitlich als Mitte-Links oder als bürgerliche Mitte. Bei der FDP-Wählerschaft zeigt sich ein überraschendes Muster: Im Vergleich zu denjenigen, die sich dem rechten Flügel zuordnen, positionieren sich verhältnismäßig viele Wähler*innen als links, wobei sich die meisten in der politischen Mitte verorten (dies kann auch ein Effekt der sehr begrenzten Anzahl der Befragten sein). Mitte-Wähler*innen sind mehrheitlich in der CDU/CSU zu finden, während der Großteil der rechtsradikalen, rechten und Mitte-Rechts-Wählerschaft die AfD

wählt. Während in der Gruppe der Männer und bei den 18- bis 24-Jährigen der Anteil derer, die sich selbst als rechts bezeichnen, am höchsten ist, ist bei Frauen, Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Anteil der nach eigener Aussage ideologisch nicht Festgelegten am höchsten.

Stimmverhalten bei der Europawahl 2019

Die meisten Befragten, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtigten in dem Fall, dass zum Zeitpunkt der Datenerhebung eine Bundestagswahl stattgefunden hätte, derselben Partei ihre Stimme zu geben. Die SPD-Wähler*innen sind ihrer Partei am treuesten – 82,3 Prozent wollten bei einer Bundestags-

Abbildung 36 – Für welche Partei haben Sie bei der Europawahl 2019 gestimmt?



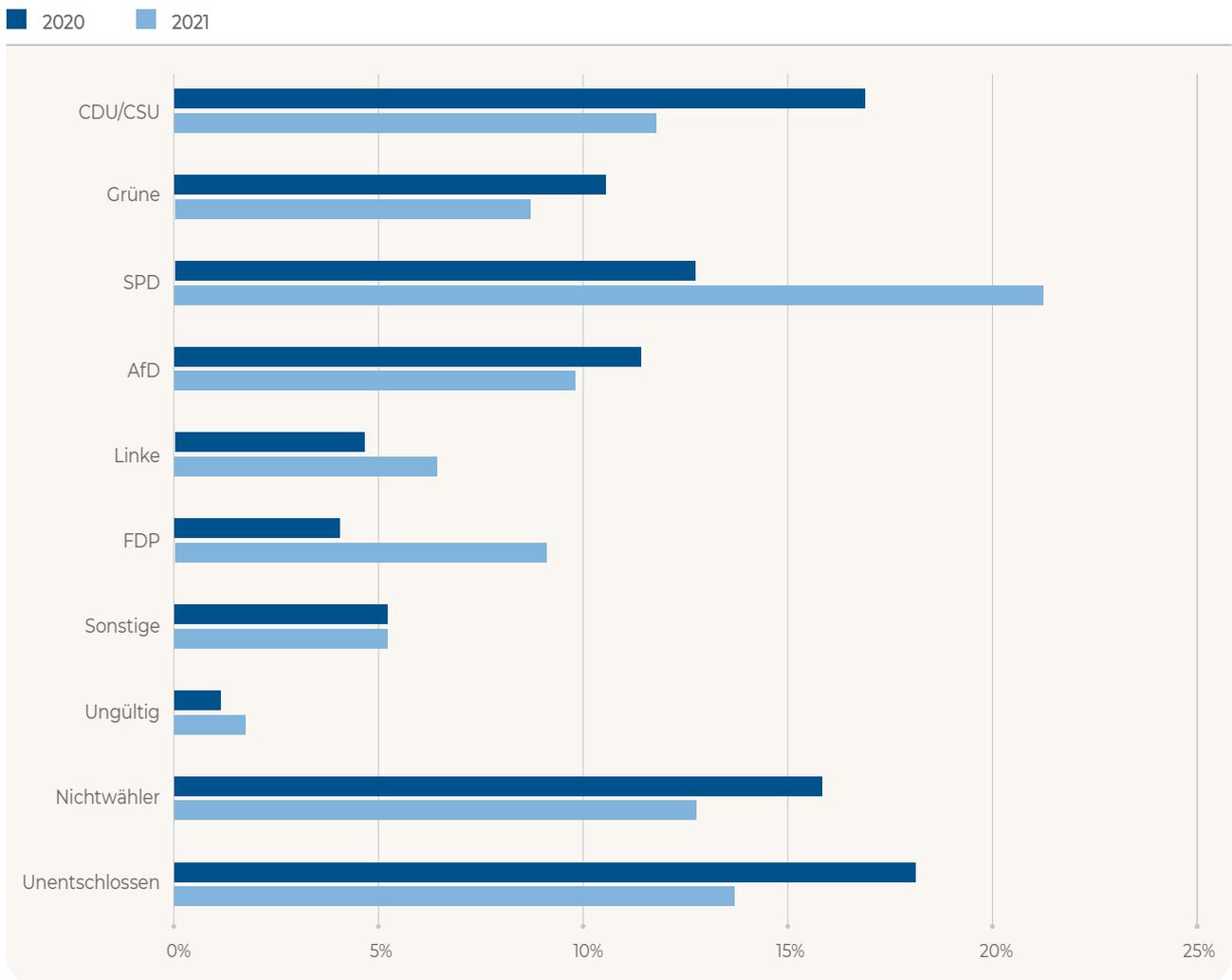
wahl weiterhin für die Partei stimmen, während nur 61,5 Prozent der FDP-Wähler*innen angaben, wieder die FDP zu wählen. Es scheint einen beachtlichen Wählerwechsel zwischen AfD und FDP zu geben.

Veränderungen der Wahlabsichten von 2020 zu 2021

Die erhobenen Daten zu Veränderungen im Wahlverhalten von einer Erhebungswelle zur nächsten – also von

2020 zu 2021 – zeigen auf, welche Parteien an Zustimmung gewonnen und welche verloren haben. Die CDU/CSU hat deutlich an Zustimmung verloren, während die SPD in der Wählergunst gestiegen ist. 2021 gab ein geringerer Anteil der Befragten als noch 2020 an, Grüne und AfD zu wählen, während die Zustimmung zur Linkspartei und zur FDP gestiegen ist. Der Zuspruch zu kleineren Parteien blieb stabil.

Abbildung 37 – Wenn morgen Bundestagswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 5

- Die Teilnehmenden der Umfrage, die sich mit radikalen linken oder rechten Ideologien identifizieren, machen weniger als 3 Prozent der deutschen Wählerschaft aus, während die Befragten der politischen Mitte die größte Gruppe bilden. Von den meisten linken Wähler*innen wird die Partei Die Linke unterstützt, während die AfD-Wählerschaft sich am ehesten dem rechten Flügel zuordnet.
- Die meisten Bürger*innen, die bei der Europawahl 2019 für eine bestimmte Partei gestimmt haben, würden

auch bei einer Bundestagswahl wieder diese Partei wählen. Bei der SPD ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Wählerschaft halten kann, am höchsten, während bei denen, die 2019 FDP gewählt haben, eine Änderung der Parteipräferenz am wahrscheinlichsten war.

- Die in der Umfrage ersichtlichen Verschiebungen im Wahlverhalten von 2020 auf 2021 zeigen, dass die Unterstützung für SPD, FDP und Die Linke zugenommen hat, während der Zuspruch zu CDU/CSU, Grünen und AfD zurückgegangen ist.



KAPITEL 6

BILDUNGSNIVEAU ALS ENTSCHEIDENDE DETERMINANTE FÜR DIE PARTEIPRÄFERENZ

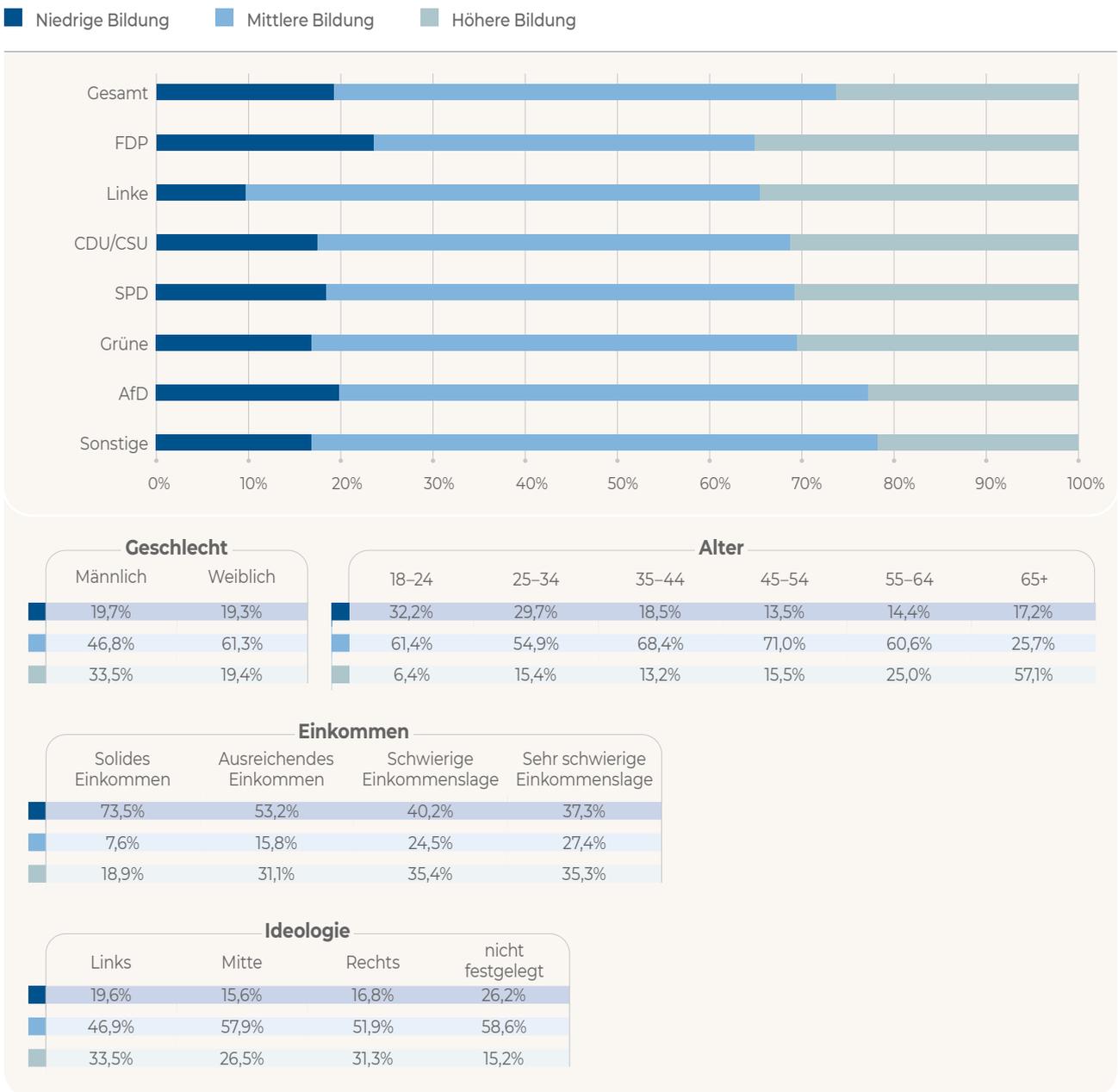


Bildung

Was die Frage der Bildung betrifft, so ist die Wählergruppe mit dem größten Anteil an höher gebildeten Befragten die FDP-Wählerschaft, während die Gruppen mit dem geringsten Anteil an höher gebildeten Befragten die Wähler*innen der AfD und anderer Parteien sind. Bemerkenswerterweise vertreten die Volksparteien CDU/CSU und

SPD nach wie vor viele Menschen mit niedriger und mittlerer Bildung und sind nicht – wie es einige alarmistische Prognosen suggerieren – zu einer reinen Hochburg der höher Gebildeten geworden. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass es unter den Wähler*innen der Partei Die Linke nur sehr wenige gering Gebildete gibt.

Abbildung 38 – Bildung



Teilnahme an Gottesdiensten

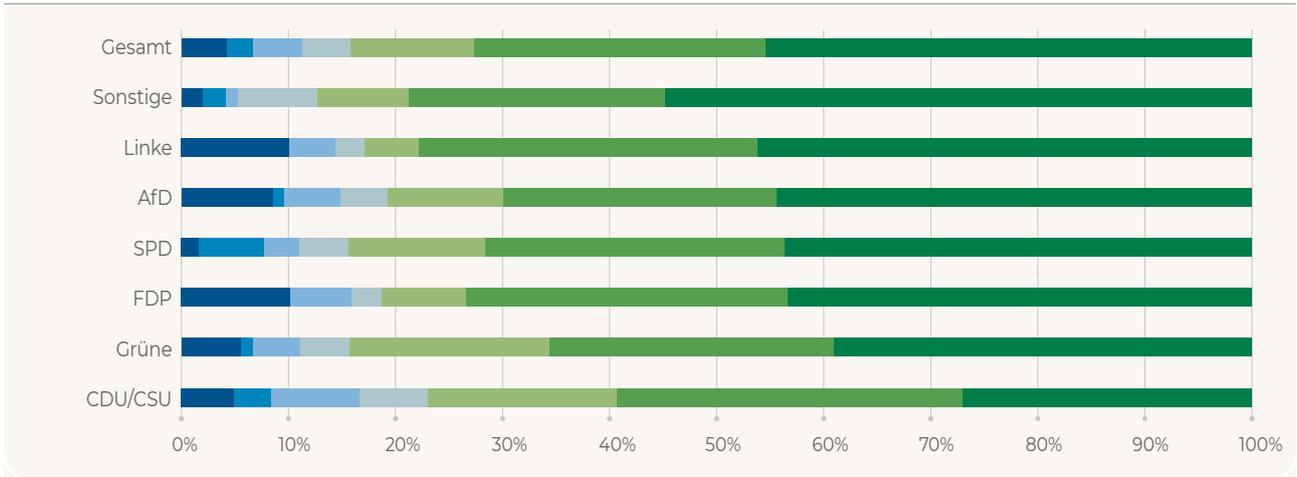
Weniger als 20 Prozent der Deutschen sind Gottesdienstbesucher*innen. Wähler*innen kleinerer Parteien und der Grünen gehen am seltensten in den Gottesdienst, während die Zahl der täglichen Gottesdienstbesucher bei AfD-Wähler*innen am höchsten ist. Wie von einer christdemokratischen Partei nicht anders zu erwarten, gibt es in der CSU/

CSU-Wählerschaft – alle Kategorien von Besuchshäufigkeiten zusammengenommen – die meisten Gottesdienstbesucher. Allerdings sind grundsätzlich alle Parteien – einschließlich der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) – zu Parteien der »säkularisierten Mehrheit« geworden, die nicht einmal an allen besonderen Feiertagen oder gar nicht an Gottesdiensten teilnimmt.

Abbildung 39 / Q11 – Teilnahme an Gottesdienst

Wie oft besuchen Sie Gottesdienste (abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen)?

- Täglich
- Einmal pro Woche
- Nur an Feiertagen
- Nie
- Mehr als einmal pro Woche
- Mindestens einmal im Monat
- Selten



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	5,1%	3,8%
■	2,9%	2,1%
■	4,4%	4,5%
■	4,7%	4,5%
■	11,6%	11,4%
■	25,2%	29,2%
■	46,1%	44,5%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
■	15,1%	8,8%	5,8%	3,4%	1,3%	1,2%
■	1,8%	3,7%	4,1%	1,6%	2,6%	2,3%
■	4,8%	7,8%	3,1%	4,7%	4,3%	3,3%
■	6,0%	8,0%	5,1%	4,3%	2,6%	3,3%
■	16,2%	11,7%	8,5%	10,6%	12,9%	11,4%
■	24,8%	20,6%	26,3%	28,1%	32,1%	27,4%
■	31,3%	39,4%	47,1%	47,2%	44,0%	51,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	12,4%	2,9%	2,2%
■	5,3%	1,7%	1,8%
■	2,7%	5,1%	4,4%
■	6,8%	4,7%	5,7%
■	6,3%	12,6%	13,1%
■	23,2%	29,1%	26,6%
■	43,3%	44,0%	46,2%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	13,8%	2,1%	1,4%	3,6%
■	6,5%	1,5%	1,1%	3,4%
■	4,5%	5,2%	4,1%	2,1%
■	4,4%	5,4%	4,4%	2,6%
■	11,1%	12,7%	11,5%	9,1%
■	22,8%	28,3%	28,3%	28,1%
■	36,9%	44,8%	49,2%	51,2%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	nicht festgelegt
■	10,3%	3,8%	1,6%	1,4%
■	4,2%	2,4%	1,6%	1,6%
■	3,2%	4,9%	7,0%	3,8%
■	5,2%	5,3%	5,1%	2,8%
■	8,6%	12,5%	15,6%	9,9%
■	26,2%	28,2%	26,1%	27,0%
■	42,2%	43,0%	43,0%	53,6%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 6

- Das Bildungsniveau ist in der Regel ein aussagekräftiger Prädiktor für die Parteipräferenz, wobei Befragte mit höherer Bildung für Parteien der Mitte stimmen und Befragte mit niedrigerer Bildung in der rechtsextremen Wählerschaft überrepräsentiert sind. Im Fall Deutschlands sind allerdings die Bildungsunterschiede zwischen den verschiedenen Wählergruppen nicht sehr groß.
- Die Bedeutung der Religion nimmt in den westlichen Demokratien immer mehr ab – auch in Deutschland, wo weniger als 20 Prozent der Befragten angeben, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen. Wähler*innen der christdemokratischen CDU/CSU und der populistischen AfD gehen am häufigsten in den Gottesdienst, während Wähler*innen der Partei Die Linke und kleinerer Parteien am seltensten an Gottesdiensten teilnehmen.

AUTOREN

Über Kieskompas (Wahlkompass)

Kieskompas ist ein unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich auf quantitative Datenanalyse, Meinungsumfragen und das Erstellen von Wählerprofilen spezialisiert hat. Es wurde 2006 von Dr. André Krouwel in Kooperation mit der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam gegründet. Kieskompas hat sich als Marktführer in der Entwicklung und Innovation von Online-Wahlhilfen (Voting Advice Applications, VAAs) einen Namen gemacht, die von insgesamt mehr als 30 Millionen Menschen genutzt werden. Das Unternehmen ist eng in die wissenschaftliche Community eingebunden und beschäftigt ein Team ausgewiesener Forscherinnen und Forscher mit einem ausgeprägten Fokus auf Politikwissenschaft, Datenwissenschaft und Statistik. Besondere Bekanntheit erlangte das Unternehmen durch die Entwicklung einer Methode, mit der die Positionen politischer Parteien in länderspezifischen politischen Kontexten innerhalb der Online-Wahlhilfen visualisiert werden können. Diese Online-Tools wurden in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in mehr als 40 Ländern erarbeitet und generieren sehr umfassende N-Datensätze, die sich für vertiefte Analysen eignen.

André Krouwel

André Krouwel ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Kommunikation an der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam und ist der Gründer des Unternehmens Kieskompas (Wahlkompass), das Online-Wahlhilfen entwickelt, mit denen Daten über Parteipositionen und Wählermeinungen erhoben und aufbereitet werden. Krouwels Forschungsschwerpunkte sind die öffentliche Meinungsbildung und politisch relevante Stimmungslagen, Wahlverhalten, politische Parteien und soziale Bewegungen. Darüber hinaus hat er im Rahmen seiner jüngsten Forschungen zu den Themen Verschwörungsglauben, Meinungsbilder im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, wahlbeeinflussende Faktoren für europäische Randgruppenparteien sowie Euroskepsis publiziert.

Yordan Kutiyiski

Yordan Kutiyiski hat einen MSc-Abschluss in Politikwissenschaft von der VU Universität Amsterdam und einen MA-Abschluss in Lateinamerikastudien vom Zentrum für Lateinamerikaforschung und -dokumentation (CEDLA) an der Universität Amsterdam. Er arbeitet als quantitativer Forscher bei Kieskompas; zu seinen Forschungsinteressen gehören Wahlverhalten sowie europäische und lateinamerikanische Politik.



IMPRESSUM

FEPS – Foundation for European Progressive Studies

Avenue des Arts 46
1000 Brüssel
Belgien
info@feps-europe.eu
www.feps-europe.eu

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
info@fes.de
www.fes.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FEPS:
Ania Skrzypek, Direktor für Forschung und Ausbildung

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FES:
Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Kontakt / Bestellungen:
Adriana.Hornung@fes.de
Celine.Guedes@feps-europe.eu

Übersetzung aus dem Englischen: Christine Hardung

Design und Illustrationen:
pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die des Europäischen Parlaments, der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) oder der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES oder FEPS herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES/FEPS nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-374-2

© 2022



www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt.

